Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Berlin: M. Cohen. — Breslau: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Hasenstein & Vogler, Joh. Nordhaer, Adolf Steiner, William Wilmsen. — Gotha: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 5. — Frankreich, England und Belgien, Allemagne: Annonces bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31ter rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 82. [31. Jahrgang.] Berlin, Donnerstag den 18. Februar 1892, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 82.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, und **wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**
Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Für den Monat **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **M 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 18. Februar.

Die preußische Justizverwaltung und die „Grenzboten".

I.

Es ist für unsere Zeit charakteristisch, daß kein irgendwie bemerkbar sich aus dem schnellebigen Alltagsgetriebe des öffentlichen Lebens abhebendes Ereigniß passiren kann, ohne von gewisser Seite, sei es zur Selbstglorifizirung, sei es, um bestehende Zustände als unfreundliche Zerrbilder wiederspiegeln zu lassen, wenn auch nur mit Eintagsbedeutung, doch möglichst in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses gedrängt zu werden. Zeigt solches Bestreben sich auf Seiten der sozialdemokratischen Gegner der bestehenden Ordnung in dem innerhohlen Verneinen alles Dessen, was Religion, Geschichte und Sitte uns als heilswahr, ehrwürdig und erhaltenswerth überliefert hat, so macht sich auch unter dem Vortritt der Stimmen aus der Residenz im Lager der prinzipiellen Opposition die Neigung immer breiter, eine sachlich begründete Kritik zu unfruchtbaren Nörgeleien abzustechen. Eine alte Erfahrung aber ist es, daß von allen Kampfmeisen der einer gelegenen Taktik entbehrende Guerillakrieg am nachhaltigsten verbittert; und zwar verbittert er nicht nur die Angegriffenen, sondern mehr noch die Freischärler selbst, also daß diese mit getrübtem Blicke in der Regel das Ziel verfehlen und, statt in die Mannsbreite, ins Blaue treffen. Diese fortgesetzten Nadelstichseleien der systematischen Opposition haben nun neuerlich ein Gebiet im Angriff genommen, das bis dahin mehr als neutrale Zone galt — die Rechtspflege und die Justizverwaltung. An irgend ein für das allgemeine Interesse kaum belangvolles Ereigniß im Gerichtssaal werden, allen voran von der Presse der Residenz, spaltenlange allgemeine Erörterungen über den Niedergang des Richterthums, die Verschleppung der Rechtspflege und die indemnare Stagnation der preußischen Justizverwaltung geknüpft. Die Gesichtswerte solcher Erörterungen kennzeichnet in der Regel den Standpunkt des Angreifers als auf einem Maulwurfshügel, hin und wieder als auf einem Kirchthurm, niemals auf einem hohen, freien Ueberblick über weites Land gewährenden Gipfel. Je dürftiger aber das thatsächlich beherrschte Material und je fadenscheiniger deshalb die beigebrachte Begründung, um so größer der Aufwand an kleinlicher Gehässigkeit, um so aufhetzender der Ton. Greller als sonst ist dies hervorgetreten in einem auch von uns bereits erwähnten Aufsatz im neuesten Heft der „Grenzboten" über die preußische Justizverwaltung. Der Verfasser desselben signalisirt sich als zur Zunft gehörig, jedoch nicht auf jener mindere kundigen Seite stehend, wo man den Dingen nicht auf den Grund zu sehen vermag.

Ehe wir näher auf den Aufsatz eingehen, präzisiren wir zuvörderst im Gegensatz zu demselben unsern Standpunkt dahin, daß wir den Richterstand, um den allein unter den verschiedenen Personalbezirken der Justizverwaltung es sich hier handelt, für in seinem Niveau nicht gesunken, sondern für ebenso tüchtig und durchaus ehrenwerth, als er früher war, halten, und daß wir es für ein hochbedauerliches, durch keinen andern Ressortchef überflügeltes Verdienst der Justizleitung, auch ihrer gerade jetzt maßgebenden Persönlichkeiten, erachten, gegenüber den niveellirenden Verhältnissen der neuen Justizorganisation und dem Riesenandrang aller möglichen und unmöglichen Elemente zur Richterlaufbahn den Richterstand auf seiner bewährten Höhe erhalten zu haben.

Nach den „Grenzboten" gehen die immer lauter und unabweisbarer werdenden Klagen und Beschwerden über die preußische Justizverwaltung und Rechtspflege nicht minder vom rechtsuchenden Bürgerthume, wie von dem in der Rechtspflege ausübenden Beamtenpersonal aus.

Die Klagen des Bürgerthums, aus denen, um dem Vorwurfe der Voreingenommenheit zu begegnen, politische und verwandte Vorkommnisse auf strafrechtlichem Gebiet ausgeschieden werden, gipfeln in drei Punkten: Verschleppung von Prozessen, einer zunehmenden Urtheilsfällung gegen das im Volke wurzelnde lebendige Rechtsbewußtsein und einer sich allerdings nur noch selten kundgebenden bureaukratischen Behandlung in der praktischen Rechtspflege. So schwach die hier gegebene thatsächliche Begründung ist, wird zu dem ersten Punkte doch richtig bemerkt, daß die Rüge der Rechtsverzögerung am lautesten aus Berlin und den industriereichen Verkehrszentren erhoben sei. Zwischen den Zeilen durch klingt der Schmerzensschrei der „Vossischen Zeitung" „Richternoth im Rechtsstaate". Bekanntlich hat sich dieser Auffassung auch die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses durch ihre Resolution, eine größere Zahl von Richterstellen, wie sie dem Bedürfniß genüge, zu kreiren und alle Richterstellen statt mit Hilfsassessoren mit Richtern zu besetzen, angeschlossen. Durch die bereitwilligste Zulage, diesen Wünschen schon im nächsten Etat Rechnung tragen zu wollen, ist der Herr Justizminister dem Versuche, auf diesem Wege den Gang der Rechtspflege zu beschleunigen, entgegengekommen. Darüber, daß er allein nicht zum Ziele führen wird, kann Niemand sich klarer sein, als die leitende Zentralstelle. Mögen noch so viele Richter angestellt sein, in die Rechtspflege kann niemals ein Tempo hineinkommen, das Schritt hält mit dem hastenden Zug um Zug-Jagen des kaufmännischen, wie überhaupt des Erwerbslebens. Sie bedarf der überlegenden, der wägenden Ruhe. Der Einzelne, wie er seine Ansprüche verfolgt, die ihm sonnenklar erscheinen, begreift es nicht, wie der Richter Schritt vor Schritt bedächtig prüft und auch dem anderen Theile Raum und Gehör gewähren muß, um recht zu entscheiden; er sieht eben nur das Seine und in der eigenen Sache geht es ihm nie schnell genug. Das ist Menschenart, und darum werden die ewigen Klagen über die Rechtsverzögerung auch nie verstummen. Der Gang der Rechtspflege an sich ist gegen früher nicht schleppender geworden; wenn sich aber herausstellt, daß hier und da besondere Verhältnisse jenem begrifflich notwendigen Zustande einer gewissen Ruhe widerstreben, so machen wir hierfür in oberster Linie die am kraftesten in der Großstadt und in den Verkehrszentren hervortretende hastende „Unruhe der Dinge" verantwortlich und eine mehr und mehr im Publikum hervortretende Neigung, den Kampf um's Recht bis aufs Aeußerste zu führen. Unzweifelhaft hat sich der gesteigerten Anspannung aller Arbeitskräfte im grosartigen Getriebe der Industriezentren und der Residenz ein präzises Ineinandergreifen aller das Tagewerk treibenden Räder Vorbedingung jeder prompten Arbeitsbewältigung; das setzt aber immer eine gegenseitige Assimilation voraus, und deshalb thäte man recht, auch die hastende Unruhe und jene Neigung zum äußersten Kampfe als einschränkungsfähig anzuerkennen.

Alsdann aber liegt heute im Verhältniß zu früher ein Hemmniß prompter Justiz in dem gesetzlich sanktionirten und deshalb der Justizverwaltung völlig entzogenen Prozeßverfahren, zunächst in der Amtsgerichtsbarkeit. Da macht sich in erster Linie geltend, daß auch an den Anwaltstand gerade das großstädtische Leben enorm gesteigerte Ansprüche erhebt. Dies und die immer weiter sich einbürgernde Geneigtheit, angesichts der Konkurrenz die Anwaltstätigkeit als ein Kompagniegeschäft mit möglichst intensiv metallischem Beigeschmack aufzufassen, das unsern einen zahlungsfähigen Mandanten abweist, wirkt hemmend. Gegenüber dem Vortheile, welchen die in der Fachschulung geübte, gründliche und allseitige Erörterung eines Rechtsstreites durch die rechtskundigen Parteivertreter findet, ergiebt sich von selbst die Nothwendigkeit, die Terminsbesetzung weitläufiger einzurichten, wie früher. Dazu kommt, daß nach der prozessualen Gesetzgebung, die heute allen Nachdruck in die Verhandlung vor dem Spruchrichter verlegt, der Sitzungsdienst ein wesentlich anspannenderer und aufreibenderer ist. Die frühere sorgfältigere Vorbereitung des Richters fehlt. Er muß auf Alles gefaßt sein, und selbst darin, nach stundenlangem Verhandeln noch im letzten Augenblicke vorgebrachte Vertagungs- und Beweisanträge abschneiden zu können, sind ihm die Hände gebunden. Wie nun, um ein Gleichniß aus dem großstädtischen Verkehr zu wählen, jeder Stadtbahnzug sieben bis acht Wagen einstellt, um selbst auf die Gefahr hin, daß gelegentlich nur einer derselben aber zwei besetzt werden, dem Durchschnittsandrange des Publikums Genüge zu leisten, so ergiebt sich auch, weil der Prozeßrichter die größere oder geringere Dauer einer Prozeßverhandlung nicht voraussehen kann, die Nothlage, an einem Sitzungstage nur soviel Termine anzusetzen, daß dem Bedürfnisse der Parteien nach ausgiebigster Ausführlichkeit Rechnung getragen wird. Demgegenüber ist Richter und Justizverwaltung machtlos. Charakteristisch aber ist es, daß auch umgekehrt da, wo besondere Veranlagung und Geschäftsroutine einmal eine exorbitante Anzahl von Verhandlungen in auffallend kurzer Zeit bewältigt, sich in der Oppositionspresse sofort der Vorwurf der Ungründlichkeit erhebt!

Der **Reichstag** wählte in seiner heutigen (176.) Plenarsitzung, die gegen 2½ Uhr eröffnet wurde, durch Zuruf den Abg. Prinzen von Arenberg an Stelle des Abg. Kochann in die Reichsschuldenkommission und setzte sodann die zweite Berathung des Militaretats fort. Im Titel Geldverpflegung der Truppen wird für Schmuck der Mannschaften 60 164 283 ℳ verlangt, und zwar 795 345 ℳ mehr gegenüber dem früheren Etat zum Zweck einer Ausdehnung der Uebungen des Beurlaubtenstandes. Die Kommission beantragt eine Streichung von 55 577 ℳ, ein Antrag Richter will die ganze mehrgeforderte Summe streichen. Abg. Richter erläuterte die Begründung seines Antrages damit, daß die Ausdehnung der Uebungen des Beurlaubtenstandes nicht gerechtfertigt sei ohne Verkürzung der Dienstzeit. Bei Schluß des Berichts legt Major Gaede die Gründe der Regierungsforderung dar.

In der heutigen (17.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses,** welche Präsident von Köller um 11½ Uhr eröffnete, kam der Etat der Eisenbahnverwaltung zur Berathung. Referent Abg. v. Tiedemann (Bomst) berichtete sehr eingehend über die Kommissionsverhandlungen. Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen dankte für die wohlwollende und eingehende Behandlung des Eisenbahnetats durch die Budgetkommission, zumal in einer Zeit, wo eine sehr sparsame Wirthschaft der Eisenbahnverwaltung geboten sei. Er bitte auch das Haus, ihn in dieser Beziehung zu unterstützen, so weit es sachlich gerechtfertigt sei. Auch der Abschluß des Monats Januar für die Eisenbahnverwaltung sei betreffs des Güterverkehrs ein verhältnißmäßig ungünstiger. Es sei auch nicht zu erwarten, daß die Ergebnisse der Monate Februar und März erheblich günstiger sein und den Ausfall decken würden. Der Etatanschlag für das Jahr 1891/92 würde also schwerlich erreicht werden. Abg. v. Puttkamer-Plauth bitter dringend, daß die Staatsregierung den wirthschaftlichen Aufständen des Ostens ihre Aufmerksamkeit zuwende. Es gebe dazu zwei Wege: Ermäßigung der Tarife, oder Aufhebung des Identitätsnachweises. Letztere Frage sei allerdings vom Reichstage zu entscheiden. Eben so traurig wie mit der Landwirthschaft, sehe es mit dem Handel der Städte Danzig und Königsberg aus. Der Ernst der Lage in den Ostseeprovinzen sei sehr groß, die Abhülfe dringend nöthig. Er danke dem Herrn Minister dafür, daß er bisher wenigstens die Staffeltarife aufrecht erhalten habe. Das sei auch jedenfalls so lange nothwendig, als die Frage des Identitätsnachweises nicht geregelt sei. Abg. Simon (Waldenburg) betonte, daß es jetzt klar werde, wohin es führen müsse, wenn man die bauernden Ausgaben des Staates auf die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung beschränke. Eine vollständige Loslösung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung sei allerdings wohl nicht angezeigt; aber eine bestimmtere Abgrenzung als bisher müsse denn doch eintreten. Sobald eine größere Amortisation der Eisenbahnschuld eingetreten sein werde, werde auch eine Ermäßigung der Tarife möglich werden. Vermissen des Herrn Ministers gegenüber glaubt er die Verwaltung der Privateisenbahnen in Schutz nehmen zu müssen. Bezüglich der Ausgaben gebe der neue Etat seiner Meinung nach offenbar ein durchaus zutreffendes Bild. Der Redner geht auf die Organisationsverhältnisse ein und hält die Betheiligung auch der Privatbahnen an dem Ausbau des Schundarbahnnetzes für wünschenswerth. Im Allgemeinen spricht er sein Vertrauen zu der Verwaltung aus; er wolle nur hoffen, daß seine Befürchtung, die Anschläge der Einnahmen würden nicht erreicht werden, sich nicht erfüllen möchte. Minister der öffentlichen Arbeiten Thielen betont, daß der Etat im Grunde richtig sei, wo man noch nicht den ins zwischen eingetretenen Niedergang der wirthschaftlichen Verhältnisse übersehen konnte. Im Uebrigen würde bei Ermäßigung der Einnahmen auch gleichzeitig eine Verminderung der Ausgaben eintreten. Die Organisation der Eisenbahnverwaltung habe sich im Ganzen wohl bewährt, doch sei weder von seinem Amtsvorgänger noch von ihm selbst dieselbe als nicht der Verbesserung fähig erkannt. Das Schreibwerk sei thunlichst vereinfacht; er hoffe, daß auch die weiteren Bestrebungen von Erfolg sein werden. Bezüglich der Ausbildung der höheren Eisenbahnbeamten seien thatsächlich Lücken vorhanden; die Aenderungen müßten aber vorsichtig getroffen werden. Die Konzession zur Anlegung von Sekundarbahnen würde Privatbahnen auch jetzt schon ertheilt. Dem Abg. von Puttkamer bemerkte er, daß nicht daran gedacht werde, die Staffeltarife mit der neuen Ernte aufzuheben. Abg. Schmieding betont, daß es durchaus wünschenswerth sei, das Privatkapital wieder mehr an dem Eisenbahnbau zu betheiligen. Das Garantiegesetz habe offenbar seinen Zweck nicht erfüllt. Die staatlichen Eisenbahneinnahmen dürften aber nicht als indirekte Steuern betrachtet werden. Jetzt müßten Vorkehrungen getroffen werden, daß die Einnahmen der Zukunft zu bestimmten Zwecken festgelegt würden. Bei Schluß des Berichts hatte Abg. Popelius das Wort.

Die gestrige Abstimmung des Reichstages über die Frage des Militärstrafverfahrens wird seitens der „Freisinnigen Zeitung" des Abg. E. Richter als „ein nicht unwichtiger Sieg der linken Seite" angesehen; aber sie schreibt diesen Sieg weniger den besseren Gründen jener Seite als anderen Umständen zu, indem sie hinzufügt:

Der Sieg ist zu verdanken einmal der starken Präsenz der Linken, sodann der Zerfahrenheit der rechten Seite, insbesondere des bayerischen und des norddeutschen Flügels der Zentrumspartei."

Die „National-Zeitung" jubilirt auf „eine gemeinsame Niederlage des Reichskanzlers und der Konservativ-Klerikalen, sowie noch eine spezielle Niederlage", sie meint:

Die Regierung hat eine Doppelerfahrung gemacht... Erstens, daß Herr v. Huene doch keine sichere Majorität, ja, daß er nicht einmal sein Zentrum mit Sicherheit kommandirt: die Bayern fielen ab. Und zweitens, daß Graf Caprivi auf seine Nationalliberalen mit drohenden Warnungen wie die, sie pflügten da, wo Andere ernten würden, keinen Eindruck machen kann."

Die größere Ehrlichkeit des Urtheils scheint auch in diesem Falle wieder bei dem Richter'schen Blatte zu sein. Immerhin aber pflegen sich beide Urtheile nicht übel in einem Artikel des sozialdemokratischen „Vorwärts", welcher „Der Militarismus auf der Anklagebank" überschrieben ist. Darin heißt es:

„Ja, auf der Anklagebank. Nicht als Triumphator, wie er es bisher gewohnt, schaut er von der Höhe des Bundesrats-Olympe herab auf das parlamentarische „Blachfeld" — nicht als stolzes Blümlein Rühr mich nicht an, daß wie Cäsar's Weib unnahbar, thurmhoch über der Kritik thront —, nicht als der Schöpfer und Träger der deutschen Reichsherrlichkeit, welcher Bewunderung und Anbetung heischt, das Gerede des profanen Volkes souverain verachtet.

Nein, auf der Bank der Angeklagten. Nicht freiwillig, sondern hingeschleppt durch die öffentliche Meinung. Ein glücklicher Zufall, oder die rettende Macht eines der Dipser hatte, wie der „Hinkende Teufel" des Lesage, das Dach abgehoben von dem funkelnden Eisenpalaste des Militarismus, und dessen bisher nur Wenigen bekannte und von den Palastinhabern hartnäckig geleugnete Greuel aller Welt bloßgelegt. Die Geheimnisse der Kaserne waren entblößt, die gemüthliche Idylle der Ferienkolonie war zerstört, der Mottersohn Bildungsschule der Heiligenschein für immer abgestreift.

Und jetzt sitzt er nun auf der Anklagebank, der Militarismus, und fühlt sich als Angeklagter.

Die Gerichtsverhandlung ist noch nicht abgeschlossen. Doch neue Momente werden nicht mehr zu Tage treten. Der Militarismus hat zu seiner Vertheidigung vorgebracht, was vorzubringen war. Er hat die Anklage in seinen Punkte erschüttert, er hat sie nur noch gestärkt. Er hat seine Kulturfeindlichkeit rückhaltlos zugestanden ...

Der Prozeß dauert fort. Der Angeklagte hat sein Material erschöpft. Er kann sich nur noch krampfhaft anklammern an die herrschende Staats- und Gesellschaftsordnung.

„Was soll aus ihr werden, wenn ich nicht bin? Bin ich nicht ihre Stütze, ihre Grundlage, ihr Hoffnungsanker? Ruhen Staat und Gesellschaft nicht auf mir? Was sind sie ohne die Flinte, die schießt, und den Säbel, der haut?" —

Es ist so schlimmer für diesen Staat und diese Gesellschaft.

Und der Militarismus ist gerichtet. Er soll seinem Schicksale nicht entgehen. Er hat auf die Anklagebank wandern müssen. Der Prozeß wird sich noch einige Zeit hinschleppen. Das Urtheil steht aber schon fest:

Schuldig.

So das offizielle Organ des sozialdemokratischen Parteivorstandes! Und die „National-Ztg." bläht sich vor Stolz, daß sich die Nationalliberalen nicht einschüchtern ließen, „mit drohenden Warnungen wie die, sie pflügten da, wo Andere ernten würden"

Allmälig kommt auch die demokratische Presse dahinter, wie sehr es den Thatsachen widerspricht, zu behaupten, die Vorschläge der **Schulvorlage** seien viel weniger „liberal", als die Gesetzgebung der süddeutschen Staaten.

Speziell mit der Schulgesetzgebung Württembergs befaßt sich die „Frankfurter Zeitung", sie meint, die preußische Vorlage sei ein „Splitter", das württembergische Gesetz aber der „Balken"; führt dann, wie wir es bereits gethan, im Einzelnen aus, wie gerade in den meistangefeinden Punkten die preußische Vorlage nicht so weit gehe, wie es das württembergische Gesetz thut; schließlich bemerkt das demokratische Blatt, was man in Preußen, um Religion und Sittlichkeit zu stärken, erst durchsetzen wolle, „das hat sich in Württemberg so eingelebt, daß man vielfach keinen Anstoß mehr daran nahm."

Es kann der schwäbische Liberalismus erermahnt werden, seiner liberalen Pflicht sich in Zukunft mehr bewußt zu werden, so bleibt ja abzuwarten, ob damit gegenüber dem Eingelebten, an dem Niemand mehr Anstoß nimmt, Erfolge erzielt werden. Der gemäßigte Liberalismus in Preußen aber kann aus dem Artikel der „Frankfurter Zeitung" lernen, wie der Kampf der Demokratie gegen die Schulvorlage nur darauf abzielt, die liberale Richtung, welche noch Boden im Volke hat, zur demokratischen Vorhut einzuexerziren.

Im „**Hannoverschen Kurier**" liest man:

„**Hameln,** 16. Februar. (Gegen das Volksschulgesetz.) Auch hier scheint in Stadt und Land eine Bewegung gegen die Volksschulgesetzvorlage sich geltend zu machen. Auf Sonntag den 21. Februar sind die Mitglieder des nationalen Wahlvereins für den 9. hannoverschen Wahlkreis zu einer Generalversammlung berufen. Herr Kiepert aus Hannover wird einen Vortrag über die einzelnen wesentlichen Punkte der Vorlage halten, nach welchem eine Besprechung wegen Stellungnahme zu derselben stattfinden wird. Eine rege Betheiligung an dieser Versammlung aus dem ganzen Wahlkreise ist sehr erwünscht."

Und es scheint, daß, weil sich dort eine „Bewegung in Stadt und Land" nicht geltend macht, man den nationalliberalen Parteisekretair für Hannover, das ist nämlich Herr Kiepert, nach Hameln schickt, sie in Gang zu bringen.

Rundschau im Auslande.

Die Erklärung der **altttschechischen** Landtagsabgeordneten hat, wie zu erwarten stand, von Seiten der deutschliberalen Presse Oesterreichs eine sehr scharfe Beurtheilung bezw. Verurtheilung erfahren. Dieselbe gipfelt in dem Vorwurf, daß die Altttschechen ihr gegebenes Wort gebrochen hätten. Noch schlimmer womöglich fahren die Herren Rieger, Zeithammer und Genossen bei den jungtschechischen Preßorganen. Diese überschütten die „Alten" mit wildem Hohn und bestehen nun erst recht darauf, daß dieselben, als anerkanntermaßen mit der Stimmung ihrer Wähler im Widerspruch stehend, vom politischen Schauplatz abtreten hätten. Dem gegenüber versucht die Wiener „Presse", dem Verhalten der altttschechischen Fraktion die gute Seite abzugewinnen und auf die Kritik, welche durch die jüngste Prager Kundgebung hervorgerufen wurde, mäßigend einzuwirken. Es sei nun einmal nicht anders, führt das Wiener gouvernementale Blatt aus, das tschechische Volk in seiner großen Masse, irregeführt durch eine unverantwortliche und gewissenlose Hetze, erblicke in den Ausgleichsvereinbarungen eine nationale Gefahr und wolle von deren Verwirklichung nichts wissen. Da sei es denn immerhin von Bedeutung, daß die Altttschechen in einem prinzipiellen Punkte der im Volke fest wurzelnden Meinung trotzen und es offen aussprechen, daß nach ihrer Anschauung der Ausgleich weder dem Staatsrechte, noch der Unthelilbarkeit des Landes zum Nachtheil gereiche.

„Dies und die Erklärung, an dem Ausgleiche grundsätzlich festhalten zu wollen, mag vielleicht den Deutschen als geringfügig erscheinen, und es liegt in ihrem Interesse, den Werth dieses Moments herabzudrücken. Allein auch diese prinzipielle Erklärung hat ihre Bedeutung, denn sie widerlegt die Mittheilungen, als ob die Altttschechen sich überhaupt nicht mehr an den Ausgleich gebunden erachteten. Allerdings begehren die Altttschechen, daß die legislative Behandlung des Ausgleichs vorläufig vertagt werde, und sie machen deren Wiederaufnahme von einer Reihe von Bedingungen abhängig. Es ist nicht zu leugnen, daß namentlich eine dieser Bedingungen, nämlich die Wiederkehr der „Ruhe, Ueberlegung und gegenseitigen Gerechtigkeit bei allen Parteien", eine etwas dehnbare Auslegung zuläßt. Es ist aber zu erwarten, daß die unausbleibliche Erörterung dieser Sache in der bevorstehenden Landtagssession den Altttschechen die Gelegenheit geben und daß sie den Anlaß ergreifen werden, um diese Bedingung etwas schärfer und greifbarer zu präzisiren. Dann wird man auch beurtheilen können, ob nach ihrer Meinung der Eintritt jener luxuriösen Bedingungen auf eine unbestimmte Reihe von Sessionen hinaus ferne liegt oder ob sie denselben für eine nähere Zeit erwarten. Die Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage wird sich um so leichter ergeben, als unseres Erachtens gar kein Grund vorliegt, den Faden der Ausgleichsberathungen ganz entzwei zu schneiden, sondern ganz gut wenigstens im Aufsätze bis zur Vorberathung der Ausgleichsvorlagen weiter fortgesetzt werden könnte. Die Regierung ihrerseits wird gewiß nicht zögern, durch Einbringung der entsprechenden Vorlagen das Substrat für die Ausschußverhandlung zu liefern, welche das eine Gute hätte, unvorgreiflich der endgültigen Erledigung im Plenum des Landtages, zum Windesen die Kontinuität der Ausgleichsverhandlungen fortzusetzen."

Man wird annehmen dürfen, daß hier die Richtung angedeutet ist, in welcher sich für die nächste Zeit die Bemühungen der österreichischen Regierung bewegen werden. Wir glauben sagen zu können", so schließt die „Presse" ihre Bemerkungen, „daß die Regierung, wenn auch der Ausgleich zur Stunde in eine kritische Lage gerathen ist, demselben nicht nur treu bleibt, sondern auch den Geist des Ausgleichs als Richtschnur ihrer Handlungen bewahren wird."

Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Einberufung der österreichischen Landtage zum 3. März d. J.

Die **belgische** Abgeordnetenkammer hat nunmehr ihre Entscheidung über die Verfassungsrevision getroffen. Ihre sechs Abtheilungen sind zusammengetreten — von den 138 Deputirten fehlten nur 20 — und die von ihnen gefaßten Beschlüsse haben folgendes Ergebniß geliefert. Es wurden mit Einstimmigkeit zur Revision zugelassen die vom den Deputirten Janson beantragten Artikel 47, 53 und 56, welche das Stimmrecht für die Kammern und die Wahlbarkeit für den Senat betreffen, ferner die von der Regierung beantragten Artikel 1, 52, 60 und 61, welche die Einverleibung des Kongostaates, die parlamentarischen Diäten, die künftige Thronfolge und die von dem Könige für die Eheschließungen der königlichen Prinzen geforderte königliche Genehmigung betreffen. Mit großer Mehrheit wurden die Artikel 48, 54 und 58, welche die Organisation des Senats und die Wahlbezirke betreffen, zur Revision zugelassen, während die Zulassung der Artikel 34 und 67, die Prüfung der Wollmachten der Kammermitglieder und die Rechte des Königs betreffend, abgewiesen wurden. Hinsichtlich des heiß umstrittenen königlichen Referendums ist zwischen der Regierung und der klerikalen Rechten unter Zustimmung des Königs, welcher, wie immer, nachgiebig, vor Allem eine Krisis vermeiden wollte, ein Vergleich zu Stande gekommen. Dem Artikel 26, welcher die gesetzgebende Gewalt dem König und den Kammern überträgt, wird der Zusatz beigefügt, daß der König die Wählerschaft direkt befragen darf, daß aber erst ein Sondergesetz bestimmen wird, in welchen Fällen und unter welchen Bedingungen diese Befragung geschehen darf. Dabei wurde ausgemacht, daß eine Befragung nur über von den Kammern angenommene Gesetze und mit deren Zustimmung erfolgen soll. Um die Verfassungsrevision auf der Grundlage dieser Beschlüsse festzusetzen, wurde der bisherige Revisionsausschuß, welcher aus fünf Klerikalen und zwei Doktrinair-Liberalen besteht, wiedergewählt.

In **Rom** haben erneute Arbeiterdemonstrationen stattgefunden. Wie „W. T. B." berichtet, haben gegen 100 Vertreter von 23 Arbeitervereinigungen in einer gestrigen Versammlung eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Vertreter sämmtlicher Arbeitervereinigungen aufgefordert werden, in Werkstätten und auf Bauplätzen dafür Propaganda zu machen, am 19. d. M. einen allgemeinen Ausstand zu beginnen. Die Arbeitervereine sollen dafür sorgen, daß die Werkstätten und Warenmagazine so lange geschlossen bleiben, bis die Regierung wirksame Maßregeln für die Arbeiter in Rom getroffen habe.

Auch aus **Portugal** wird wiederholt von Gährungen unter der Arbeiterbevölkerung berichtet. In Folge der Forderung einer Lohnerhöhung seitens der Arbeiter des Marinearsenals in Lissabon fand gestern ein Zusammenstoß derselben mit der Polizei statt, wobei 11 Arbeiter verletzt wurden.

In **Rumänien** sind auch die Senatswahlen weit überwiegend zu Gunsten der Regierungspartei ausgefallen. Unter 60 Gewählten sind 42 Konservative und 9 Oppositionelle. 9 Stichwahlen sind erforderlich.

Im Großen und Ganzen scheint in den Vereinigten Staaten von **Brasilien** Ruhe zu herrschen. Doch kommen ab und zu in einzelnen Partikularstaaten kleine Putsche vor. So wird heute über Pernambuco gemeldet, daß in dem nördlich vom Staat Pernambuco gelegenen Staat Ceara Unruhen ausgebrochen seien. Die Bevölkerung verjagte den Gouverneur.

Nach einem der „Pol. Korr." aus **Valparaiso** zugehenden schriftlichen Bericht hat das von dem neu erwählten Präsidenten der chilenischen Republik, Don Jarque Montt, gebildete Kabinet, in welchem die verschiedenen Parteien, die zum Triumphe der Verfassung

beitrugen, vertreten sind, bei der Bevölkerung allgemeinen Beifall gefunden, und giebt man der Hoffnung Raum, daß es angesichts der zu bewältigenden zahlreichen Schwierigkeiten möglich sein werde, die partikularistischen Interessen wenigstens so weit der Bank in den Hintergrund treten zu lassen. Was die innere Lage des Landes betrifft, so gebe dieselbe derzeit zu keinen Besorgnissen Anlaß. Es fehle natürlich nicht an antagonistischen Elementen, aber die Chancen gewaltsamer reaktionairer Bewegungen würden mit jedem Tage geringer.

Parteibewegung.

— Auch der Evangelische Bund hat sich mit einer Eingabe gegen das Volksschulgesetz eingestellt. Es heißt in derselben: Zunächst erkennen wir dankbar und freudig das Bestreben des Entwurfs an, die religiöse Unterweisung und Erziehung als Mittelpunkt der Volksschule zu erhalten. Wir sind ferner davon durchdrungen, daß in Preußen die konfessionelle Schule die normale Gestalt der Volksschule sein muß. Auch gegen die konfessionellen Schulvorstände haben wir von unserem Standpunkt aus nichts einzuwenden, erkennen für die Dissidenten sie sogar als nothwendig an und begrüßen überhaupt dankbar den verstärkten Schutz konfessioneller Minderheiten.

Dennnoch erklärt sich der Bund zu Gunsten der Simultanschule und gegen die „Freigebung" der Privatschule.

— Eine Versammlung, welche am 14. d. M. in **Güterslob** stattfand, hat ihre freudige Zustimmung zu den wesentlichen Grundsätzen des Volksschulgesetz-Entwurfs ausgesprochen und beschlossen, dem Reichskanzler und dem Kultusminister herzlichen Dank für ihr unerschrockenes, unverschrecktes Eintreten für Christenthum und christliche Jugenderziehung in den Debatten über das Volksschulgesetz zu sagen.

Parlamentarisches.

* Zu dem parlamentarischen Diner, welches gestern Abend bei dem Reichskanzler Grafen Caprivi stattfand, erschien der Kaiser mit gewohnter Pünktlichkeit Schlag 6 Uhr. Die Einladungen waren, wie bereits mitgetheilt, besonders an die Mitglieder der Volkschulgesetz-Kommission des Abgeordnetenhauses ergangen. Es waren der Einladung gefolgt: Präsident v. Köller, Graf Clairon d'Haussonville, der Vorsitzende der Schulkommission, ferner die Abgg. Dr. Langerhans und Gerlich (welche Beiden der Kommission nicht angehören), sowie Rickert (frs.); Abgg. Dr. Friedberg, Hobrecht, Dr. Enneccerus, sowie Dr. Gneist (nl.) und v. Benda, welche Letzteren der Kommission ebenfalls nicht angehören; ferner die Konservativen v. Bartels, v. Buch, v. Koseritz, v. Bandemer, v. d. Reck, die beiden Letzteren nicht Mitglieder der Kommission. Die Freikonservativen waren durch das Kommissionsmitglied Wessel, sowie durch die Abgg. Graf Douglas, v. Dzimbowski und Gerlich vertreten. Vom Zentrum waren aus der Kommission die Abgg. v. Huene und Rintelen, außerdem Freiherr v. Heereman und Graf Ballestrem anwesend. Schließlich nennen wir noch die Polen v. Jazdzewski (Kommissionsmitglied) und Fürst Czartoryski. Von den Ministern wurden Herr v. Boetticher, Dr. Miquel, Herrfurth, von Berlepsch, v. Schelling, v. Heyden und Graf Zedlitz bemerkt. Unter den Geladenen und Erschienenen befanden sich auch die früheren Staatsminister Freiherr v. Lucius und v. Maybach. Mit dem Kaiser, welcher Husarenuniform angelegt hatte, erschien auch Prinz Heinrich. Der Kaiser begrüßte seinen Eintritt verschiedene ihm persönlich bekannte Herren und ließ sich darauf mehrere Gäste durch Herrn v. Boetticher vorstellen, unter ihnen die Herren Dr. Friedberg, Gerlich, sowie den Bureaudirektor des Abgeordnetenhauses, Geheimen Regierungsrath Kleinschmidt. Bei der Tafel saß der Kaiser zwischen Graf Caprivi und Präsident von Köller, Sr. Majestät gegenüber Prinz Heinrich. Die Unterhaltung war bereits bei Tisch eine sehr lebhafte, obgleich während der Tafel durch eine Militärkapelle eine Reihe von Musikstücken vorgetragen wurde. Der Kaiser trank mehreren Ministern freundlich zu. Nach Aufhebung der Tafel unterhielt sich der Kaiser zunächst stehend mit mehreren Herren, Graf Clairon d'Haussonville, Graf Rayhaus-Kornwand, Frhr. v. Huene. Auch den Geheimrath Kleinschmidt zeichnete der Kaiser durch eine längere Unterredung aus. Der Wagen war bereits um 8 Uhr bestellt, doch fand sich der Kaiser veranlaßt, von der beabsichtigten frühen Rückfahrt Abstand zu nehmen; der Wagen wurde fortgeschickt, der Kaiser nahm auf einem Sopha Platz zur Rechten Präsident v. Köller, zur Linken Graf Douglas, gegenüber am Tische Abg. Hobrecht u. A. An einem anderen Tische hatten sich um Prinz Heinrich die Minister Dr. Miquel und v. Berlepsch, sowie die Herren Dr. Friedberg, Dr. Langerhans, v. Jazdzewski u. A. gruppirt. In einem Nebenzimmer fanden sich Graf Zedlitz, Minister Herrfurth und Abgeordnete verschiedener Parteien zusammen, dabei auch die Unterstaatssekretaire Braunbehrens, Meinecke und Magdeburg. Der Reichskanzler bewegte sich als liebenswürdiger Wirth unter den Gästen. Der Kaiser war bei dieser Tafel Baume. Die Unterhaltung erstreckte sich auf die verschiedensten Gegenstände, doch wurde, wie uns versichert wird, ein politisches Thema gar nicht berührt. Insbesondere soll von dem Volksschulgesetz gar nicht die Rede gewesen sein. Daß der Kaiser sich vorzüglich unterhielt, dürfte daraus zu schließen sein, daß Se. Majestät erst nach 12 Uhr den Wagen zur Abfahrt befahl.

* Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute nach mehrtägiger Pause die Beratung des Marineetats wieder auf. In Titel 2 der Ausgaben werden für 22 neue Stellen oberer Chargen 80 340 ℳ gefordert. Referent v. Kościelski fragt, warum nur neue obere Chargen verlangt werden und ist dafür, nur niedrigere Chargen zu bewilligen, wodurch eine Ersparniß von etwa 22 000 ℳ erreicht würde. Korreferent Fritzen (Zentrum) schließt sich diesem Antrage an und erklärt, daß seine und seiner politischen Freunde Abstimmung in der Kommission nur eine provisorische sei und der Abstimmung und Haltung der Zentrumsfraktion im Plenum nicht präjudiziren solle. Er müsse allerdings eine Vermehrung der Mannschaften im Prinzip für begründet erachten, werde aber jedenfalls den heutigen Vorschlag auf Abminderung gern in Erwägung ziehen. In soweit seine politischen Freunde der Mannschaftsvermehrung für das Jahr etwa zustimmte, sollte hierdurch keine Vorprüfung für das nächste Jahr geschaffen werden. Staatssekretair Vizeadmiral Hollmann giebt genaue ziffernmäßige Aufschlüsse über die verlangte Vermehrung, die dringend nothwendig sei, um nicht in späteren Jahren höhere Forderungen stellen zu müssen. Die Offiziere der Marine ergänzen sich lediglich aus den Kadetten, darum sei ein Vergleich mit dem Landheer nicht zutreffend. Die Beförderung der Seoffiziere erfolge schneller als im Landheer; die Marine bedürfe mehr höherer Chargen. Gerade in den höheren Chargen verbrauchen sich die Offiziere viel schneller, namentlich auch wegen der großen Verantwortung und wegen des häufigen Klimawechsels, denn sie unterworfen seien. Nach längerer Debatte werden schließlich, dem Antrage der Referenten entsprechend, statt der geforderten 80 340 nur 58 260 Mark bewilligt. Die übrigen Forderungen von Kap. 51 (Militairpersonal) werden unverändert genehmigt.

— Zu Kap. 52 werden 10 323 700 ℳ gefordert (Indienstthaltung der Schiffe und Fahrzeuge). Auf Antrag des Abg. Fritzen werden hier nach längerer Debatte gegen den Widerspruch des Staatssekretairs Hollmann 636 515 ℳ, welche als „Kosten der mehrfachen Indienstthaltungen" angesetzt sind, gestrichen. In Kap. 60 Tit. 1 (Werftbetrieb, Besoldungen) werden 893 600 ℳ gefordert, 77 300 ℳ mehr als im vorigen Jahre. Auch diese Mehrforderung wurde gestrichen.

* In der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Gesetz, betr. die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden, sind die ersten 3 Paragraphen, nach Ablehnung des Antrages Krause auf Herabsetzung der von den Kommunen zu zahlenden Beiträge, unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen worden. § 4 wurde mit einer unwesentlichen Abänderung genehmigt. In § 5, welcher besagt, daß, wenn sich die Ortspolizeiverwaltung auf benachbarte Gemeinden und Gutsbezirke erstrecke, diese auch zu den Kosten herangezogen werden können, wurden jedoch die Gutsbezirke von dieser Verpflichtung ausgenommen. — Die erste Lesung des Gesetzentwurfs, der neun Paragraphen enthält, soll morgen Abend zum Abschluß gebracht werden.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 18. Februar.

* Se. Majestät der Kaiser und König empfing am gestrigen Nachmittage um 1 Uhr den Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen, welcher vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen war. Um 1¼ Uhr waren Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin mit dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich zur gemeinsamen Frühstückstafel im Schlosse vereint. — Nach Aufhebung derselben unternahm Se. Majestät der Kaiser eine Spazierfahrt durch den Thiergarten bis zum Kurfürstendamm und dort eine Promenade, von welcher Allerhöchstdieselbe gegen 4 Uhr zum Schlosse zurückkehrte. Sodann verblieb Se. Majestät im Arbeitszimmer und erledigte Regierungsangelegenheiten. — Kurz vor 6 Uhr begab sich Se. Majestät, begleitet von der Prinzessin Heinrich, nach dem Reichskanzlerpalais, um dort an einem parlamentarischen Diner theilzunehmen. (Siehe Parlamentarisches.)

Am heutigen Vormittage hatte Se. Maj. der Kaiser zunächst wieder eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten und dort eine kurze Promenade gemacht. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, nahm Allerhöchstderselbe Vorträge entgegen und arbeitete von 11 Uhr ab mit dem Chef des Militärkabinets. — Um 1 Uhr begab sich Se. Majestät anläßlich des heutigen Vermählungstages der erbprinzlich sachsen-meiningenschen Herrschaften nach deren Villa im Thiergarten und nahm auch an der dort gleich nach 1 Uhr stattfindenden Familien-Frühstückstafel Theil.

Am späteren Nachmittag beabsichtigte Se. Majestät, mit den kaiserlichen Prinzen und anderen Mitgliedern der königlichen Familie, sowie zahlreichen fürstlichen und anderen hochgestellten Persönlichkeiten der Extravorstellung im Zirkus Renz beizuwohnen.

* **Ihre Majestät die Kaiserin und Königin** empfing gestern Mittag die Besuche der Prinzessin Friedrich Leopold, welche kurz vorher von Potsdam hier eingetroffen war, sowie später den Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich und Höchstheren Prinzessin Tochter Margarethe. — Am Nachmittage um 1¼ Uhr nahm Ihre Majestät die Kaiserin an der gemeinsame Frühstückstafel mit Sr. Majestät dem Kaiser und dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich im königlichen Schlosse Theil. — Von ihrer Unpäßlichkeit ist Ihre Majestät die Kaiserin fast vollständig wieder hergestellt, doch ist Allerhöchstdieselbe immerhin noch genöthigt, sich einige Schonung aufzuerlegen.

Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich machte am gestrigen Nachmittage, begleitet von der Prinzessin-Tochter Margarethe, eine Spazierfahrt und stattete mit derselben Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin und der Prinzessin Friedrich Karl im Palais am Wilhelmsplatz Besuche ab. — Später, nach der Rückkehr, empfing Allerhöchstdieselbe im hiesigen Palais die drei ältesten Söhne der Kaiserlichen Majestäten. — Am heutigen Nachmittag um 1 Uhr begab sich die Kaiserin Friedrich nebst Prinzessin-Tochter Margarethe zum Besuch bei den erbprinzlich sachsen-meiningenschen Herrschaften anläßlich des heutigen Vermählungstages des erbprinzlichen Paares, und nahmen darauf auch an der dort stattfindenden Familienfrühstückstafel Theil.

* Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Friedrich Leopold kam gestern Vormittag nach 11 Uhr wieder von Potsdam nach Berlin, begab sich von Bahnhof aus nach dem Palais am Wilhelmsplatze, stattete der Prinzessin Friedrich Karl einen Besuch ab, empfing alsdann dort auch noch einige Vorstandsdamen, begrüßte Mittags Ihre Majestät die Kaiserin im hiesigen Schlosse und kehrte sodann mit dem fahrplanmäßigen Zuge um 1 Uhr wieder von Berlin nach Jagdschloß Glienicke bei Potsdam zurück.

* Der Fürst zu Isenburg-Birstein hat sich auf einige Tage von hier nach Birstein begeben.

* Der Graf zu Solms-Rödelheim hat sich mit seiner Familie zur Beerdigung seines verstorbenen Bruders nach Assenheim begeben.

* Die „Münchener Allg. Ztg." läßt sich telegraphisch von hier melden, in parlamentarischen Kreisen verlaute, der Minister des Innern, Herr Herrfurth, beabsichtige wegen seines Nierenleidens den Abschied zu nehmen.

— Nach einer der „Pol. Korr." aus Rom gegebenen Meldung ist die aus Wien datirte Nachricht der „Daily News", daß der italienische Botschafter am englischen Hofe, Graf Tornielli, zum Nachfolger de Launay's in Berlin ausersehen sei, völlig unbegründet. Die Versetzung des Grafen Tornielli auf den Berliner Botschafterposten sei überhaupt nicht ins Auge gefaßt worden. Die Entscheidung dieser Frage sei auch nicht unmittelbar bevorstehend, und nur so viel könne als gewiß gelten, daß die Neubesetzung der Botschaft in Berlin, sowie derjenigen in Paris nicht später als im Laufe des nächsten Monats erfolgen wird.

Wochen-Uebersicht
der Reichs-Bank vom 15. Februar 1892.
Aktiva (in Tausend Mark).

Metallbestand (der Bestand an fursthähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen) das Pfund fein zu 1392 ℳ berechnet	979 985	+ 1 756
Bestand an Reichskassenscheinen	23 252	+ 1 362
Bestand an Noten anderer Bank	11 423	+ 1 997
Bestand an Wechseln	491 819	+ 270
Bestand an sonstigen Aktivforderungen	84 391	+ 4 046
Bestand an Effekten	2 635	+ 295
Bestand an sonstigen Aktiven	33 098	+ 156
Passiva (in Tausend Mark).		
Das Grundkapital	120 000	unverändert.
Der Reservefonds	29 003	unverändert.
Der Betrag der umlauf. Noten	925 040	— 33 660
Die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	520 343	+ 29 215
Die sonstigen Passiva	5 316	+ 4 595

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Militairisches.] * Der Generalmajor Freiherr Neubronn v. Eisenburg, Kommandeur der Garde-Feld-Artillerie-Brigade, hat sich mit kurzem Urlaub nach Schmerin begeben.

* Der Oberst v. Flotow, à la suite des Infanterieregiments Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin (4. Brandenburgisches) Nr. 24 und Inspekteur der Gewehrfabriken, der Oberstlieutenant v. Gößnitz, Abtheilungschef im Kriegsministerium, und der Major Tod vom Kriegsministerium sind von Dienstreisen hierher zurückgekehrt.

* Der Oberst v. Frankenberg und Proschlitz, Kommandeur des Leib-Kürassierregiments Großer Kurfürst (Schlesisches) Nr. 1, hat nach beendetem Urlaub Berlin wieder verlassen; desgleichen der Major Richter, Bataillonskommandeur im 9. königlich sächsischen Infanterieregiment Nr. 133, und der Major Bode, aggregirt dem Magdeburgischen Jägerbataillon Nr. 4.

* Der Major v. Campbell-Laurenz, à la suite des Kürassierregiments von Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7 und kommandirt zur Dienstleistung bei Sr. Hoheit Ernst II. Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, ist zu längerem Aufenthalt hier eingetroffen.

* Der Korvettenkapitain v. Kries, Abtheilungsvorstand im Ober-Kommando der Marine, hat einen längeren Urlaub innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs, sowie nach Oesterreich und der Schweiz angetreten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien.** Dem in Leutschau in Ungarn garnisonirenden 34. k. u. k. Infanterieregiment „Deutscher Kaiser, König von Preußen" hat Kaiser Wilhelm sein Bild geschenkt; der deutsche Militairattaché Oberst Deines wird das Portrait am 24. d. dem Regiment übergeben, aus welchem Anlaße die Generalität des 6. Korps in Leutschau eintrifft. Das Regiment, welches bereits das Portrait Wilhelm I. besitzt, trifft bereits Vorbereitungen zum Empfange der Gäste.

Türkei.

Aus **Konstantinopel**, 9. Februar, berichtet die „Köln. Ztg.":

— Zu Ehren des neuen italienischen Botschafters, des Kommendatore Reßmann, hatten gestern auf der deutschen Botschaft ein Essen statt. Neben dem Gefeierten und den Mitgliedern seiner Botschaft waren unter anderen anwesend: der Minister des Auswärtigen Said Pascha mit seinem Sohne Oberstlieutenant Scherif Bey und dem Generalsekretair des Auswärtigen Naum Effendi; der griechische Gesandte Maurokordato mit seiner Familie und dem Ersten Sekretair, der amerikanische Gesandte Salomon, mehrere türkische Würdenträger und die Mitglieder der Botschaft. Dem folgenden Empfange wohnte fast das gesammte diplomatische Korps, Herren und Damen, bei, mit den Botschaftern Rußlands, Frankreichs und Persiens an der Spitze, und Mitglieder der deutschen Gesellschaft. Der österreichische Botschafter hatte sich in Folge der Hoftrauer entschuldigen lassen. Musikalische Vorträge, ausgeführt von Frau Anna Grosser, Frl. v. Petersen, einer Nichte des Botschafters, und Botschaftssekretair vom Rath, boten den Anwesenden eine erkreuliche künstlerische Ueberraschung. — Durch die Ernennung des Majors v. Grumbkow vom Hofreitschen Feld-Artillerieregiment Nr. 24 zum Nachfolger Mistem Pascha's als „Instrukteur" der türkischen Artillerie ist die gelichtet gewesene Reihe der deutschen „Reformatores" in der Türkei wieder vollzählig. Das Eintreffen des genannten Herrn steht nahe bevor. — Der durch seine zehnjährige Thätigkeit als Botschaftsrath der osmanischen Vertretung in Berlin dort in bestem Andenken bekannte Ohan Effendi Bagdadlian, gegenwärtig Sektionschef im auswärtigen Ministerium (Bureau des Nationalitäts), ist vom Sultan zum Range eines Rathes erster Klasse erhoben worden, womit nach den herrschenden Begriffen der Cyzellenzitel verbunden ist. Die Nachricht dürfte seine vielen deutschen Freunde interessiren.

Koloniales.

* Dem „Berl. Tgbl." wird aus Tanga (Ostafrika) gemeldet, daß seit der Kompagniefähre der Schutztruppe Eugen Krenzler am vermißten Fischer gestorben ist. — Krenzler, geboren am 3. Januar 1856 in Seebern in Württemberg, diente früher als Offizier im 1. Württemberg. Feld-Artillerieregiment Nr. 13. Anfangs des Jahres 1886 trat er in den Dienst der Deutschostafrikanischen Gesellschaft, für welche er die Station Dunda an. Fieber zwang ihn, im folgenden Jahre Ostafrika zu verlassen und er trat wieder in sein württembergisches Regiment ein, um sich zum Kompagniefährenführer anwerben zu lassen. Als Major v. Wissmann die Schutztruppe übernahm, trat Krenzler in dieselbe als Chef ein. Nach Einnahme von Tanga wurde er Stationschef dieses Orts, später Reichshauptmann daselbst, und hat sich in diesen Stellungen um das Wiederaufblühen dieses Theils des Schutzgebietes große Verdienste erworben. In letzter Zeit hatte er gegen die aufständischen Wadigo einzuschreiten.

* Die Einnahmen aus den Einfuhrzöllen in Kamerun während des ersten Halbjahrs des Etatsjahres 1891/92 zeigen gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres eine bedeutende Steigerung; sie betrugen 172 052 ℳ gegen 116 780 ℳ. Dagegen sind die Ausgabeposten und Einnahmeposten fast in gleicher Höhe geblieben: 21 500 ℳ gegen 21 000 ℳ und 6508 ℳ gegen 5724 ℳ.

Provinzial-Zeitung.

Köln, 18. Februar. Der Haupttreffer der Kölner Dombau-Lotterie im Betrage von 75 000 ℳ ist auf Nr. 265 776 gefallen.

Vermischtes.

New-Orleans. In dem Manufakturwarenlager von Schurz und Sohn in der Camal-Street und der Bourbon-Street brach gestern eine Feuersbrunst aus, die schnell um sich griff und außer den Schurz'schen Lokalitäten noch sieben andere Warenlager vernichtete. Der Schaden an Gebäuden und Waaren wird auf mehr als zwei Millionen Dollars geschätzt.

Gerichtshalle.

th. (Prozeß Ahlwardt. Dritter Tag. Die Beweisaufnahme wird mit der Vernehmung des Lehrers Leifegang wieder aufgenommen. Er erklärt, daß er sich durch sein Gewissen gedrungen fühle, seine Aussage zu ergänzen. Anfang der achtziger Jahre sei er zur Wahl gegangen. Im Wahllokale sei er mit dem Rektor seiner Schule zusammengetroffen. Er habe den konservativen, der Rektor den freisinnigen Kandidaten gewählt. Nach Abgabe ihrer Stimmen habe der Rektor, der inzwischen längst pensionirt worden sei und dessen Name der Zeuge nicht gern nennen will, den Zeugen bei Seite genommen und ihm wegen Unannehmlichkeiten Vorwürfe gemacht. Zeugend welche diesem Vorfalle aber nicht erwachsen. Auf Befragen des Vertheidigers, ob der Zeuge nicht seitens seiner Kollegen gegen Ahlwardt eingenommen worden sei, erklärt der Zeuge, daß man ihm allerdings gesagt habe, er möge sich von A. nicht anbinden lassen. A. habe ihn nicht angeborgt, wohl aber hätten die Warner dies gethan. Er habe die Darlehne aber, in einem Falle auf dem Klagewege zurückerhalten. Der Zeuge führt einen Fall an, in welchem ein wenig empfehlenswerther Schüler, dessen Wohnung neben einer anderen Schule lag, der Ahlwardt'schen Schule überwiesen wurde.

Zur Verlesung gelangt das Kapitel: „Das Judenthum in der Berliner Gemeindeverwaltung". Es wird darin ausgeführt, daß das Judenthum in Berlin eine ungeheuere Macht erhalten habe. Sämmtliche Lehrer und städtische Beamte seien von ihm abhängig, und wenn einer solcher eine selbstständige Gesinnung verrathe, dann sei seine Beförderung nicht schwer. A. behauptet, daß bei den Ankäufen von Grundstücken für städtische Rechnung arge Mißbräuche vorkämen. Auffallend sei es ihm immer gewesen, daß ansehnliche Grundstücke vorher häufig in die Hände von Stadtverordneten oder deren Angehörigen gerathen waren, und dann mit ungeheuerem Nutzen an die Stadt verkauft wurden. Ein hiesiger Arzt habe ihm Folgendes erzählt: Verwandte des ihm hätten die Stadt wiederholt ein Grundstück zum Kauf angeboten, ohne Erfolg zu haben. Eines Tages wäre ein Herr zu ihnen gekommen und hätte erklärt: „Wenn die Stadt das Grundstück kaufen soll, so muß das Angebot von mir in Ihrem Namen geschrieben sein. Man weiß dann an der betreffenden Stelle schon Bescheid. Wieviel soll ich dabei verdienen?" Die Preis kam immerhin etwas erhöht werden." Die Sache gingen hierauf ein und es wurden jetzt wirkliche Verhandlungen eröffnet. — A. bemerkt zu diesem Punkt: Eine ganze Anzahl von Zeugen sollen bekunden, daß in Bezug auf Grundstückskäufe die Dinge so liegen, wie er in der Broschüre behauptet. Was speziell den Fall Pincusohn betrifft, so habe der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung", Dr. Bachler, diese Thatsache i. J. fast in demselben Wortlaute mehrfach behauptet, ohne je verklagt worden zu sein. Dr. Bachler habe ihm auch noch persönlich versichert, daß die Thatsache richtig sei. Danach habe Dr. Hermes sofort nach einer geheimen Sitzung des Magistrats dem Bankier Pincusohn Mittheilung davon gemacht, daß die Stadt beabsichtige, dort eine Marktfalle zu errichten, und Pincusohn habe nun das in Frage kommende Grundstück schleunigst angekauft und mit ungeheurem Nutzen an die Stadt wiederverkauft. Da Herr Pincusohn auf alle Anzapfungen in der Presse nichts getthan habe, so habe er die Sache für wahr halten müssen. Er halte sie auch noch für wahr und glaube, daß alle Baupläne und sonstigen Projekte, welche Herr Pincusohn jur Verwerthung des Grundstücks aufgestellt hatte, nur zum Scheine aufgestellt worden seien. Zeuge Adolf Pincusohn: Es sei richtig, daß er i. J. die Grundstücke für die Marktfalle in der Dorotheenstraße mit einem Nutzen von 200 000 ℳ an die Stadt verkauft habe. In diesem Nutzen sei aber auch sein Sozius betheiligt gewesen. Sie hätten die Grundstücke im Juni 1884 von der Hypotheken-Aktienbank, mit welcher sie in Verbindung standen, gekauft, und beabsichtigten, vier Parzellen daraus zu machen. Die Bank habe dieselben auch einem in der Chausseestraße wohnenden Herrn Schulz zum Kaufe angeboten. Als daraus nichts wurde, hätten sie versucht, die Bauerlaubniß zu erlangen, dieselbe wurde aber damals nicht ertheilt. Sie seien dann mit der Tattersallgesellschaft in Verkaufsverhandlungen getreten; nachher hätten sie versucht, das Grundstück dadurch zu verwerthen, daß sie die Stadt darauf hin zum Reichstagsufer durchführen. Sie hätten sich hierfür auch das Nachbargrundstück Nr. 90 gesichert und ein Projekt für die Durchführung aufgestellt. Dasselbe sei von den städtischen Behörden genehmigt worden, die Polizei habe es ebenfalls genehmigt, dann ging das Projekt an den Ministerpräsidenten zur Vorlegung an den Kaiser. Fünf oder sechs Monate später sei der Marker Salomon zu ihm gekommen, um zu hören, ob er die Grundstücke im Ganzen zu verkaufen geneigt sei. Er habe sich dann den Preis lagen lassen, und erörterte nun erst, daß die Stadt die Grundstücke kaufen möchte. Er, Zeuge, sei dann zu den Stadträthen Thorbecke und Voigt gebeten worden. Dort habe er sich bis zu einem bestimmten Termin gebunden, er habe den Herren seine Arbeitskraft vorgelegt, der Preis sei herabgedrückt worden und schließlich sei der Verkauf zu Stande gekommen. Zu der Zeit, als er das Grundstück kaufte, habe übrigens ein Beschluß des Markthallen-Kuratoriums vorgelegen, in jener Gegend eine Marktfalle nicht zu erbauen. Er erklärte unter seinem Eide, daß weder Dr. Hermes, noch irgend ein Stadtverordneter oder ein Magistratsmitglied ihm vor dem Ankauf des Grundstückes Mittheilungen oder Andeutungen über den Plan, eine Marktfalle an jener Stelle zu gründen, gemacht habe. Er würde Jeden, der so etwas aus geheimer Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung verrathen würde, für einen Schurken halten. — Auf die Vorhaltung des Angeklagten, wonach er bei einer auf die diesbezüglichen Behauptungen in der Broschüre nicht reagirt habe, erklärt der Zeuge: Er habe i. J. das gesammte Zeitungsmaterial seinem Rechtsgenossen, dem Justizrath Arnold überreicht und auch die Stenogramme, die er aus den betreffenden Versammlungen habe anfertigen

Aus Berlin.

b. In der Nacht zu heute ist in einer Sitzung der Sanitätswache für das Stralauer Stadtviertel der Sanitätsrath Dr. Wollswarensabrikant H. A. Morche plötzlich verstorben.

c. In Sachen der Bauordnung hat der Regierungspräsident von Potsdam an sämmtliche Amtsvorsteher das Ersuchen gerichtet, daß sie auf die strengere Durchführung der für das platte Land eingeführten Baupolizei-Ordnung vom 15. März 1872 ihr Augenmerk richten möchten. Namentlich müsse der § 12 dieser Bauordnung, welcher auf einen dem Anfange des Jahrhunderts entsprechende Bebauungsweise hinwirken soll, auf das Allergenauste durchgeführt werden.

* Vorbereitende Schritte zur Bildung eines Westfalen-Vereins in Berlin sind so weit gediehen, daß am nächsten Sonnabend, Abends 8 Uhr, im Restaurant Kyffhäuser, Luisenstraße 37 (an der Stadtbahn), die erste Versammlung stattfindet.

l. Der Spielmann Bährs vom Franz-Regiment, der bei der Blitzkatastrophe auf dem Tempelhofer Felde schwer verletzt wurde und der nach seiner Herstellung in die Heimath entlassen war, hat neuerdings wieder auf Kosten des Regiments in ein Bad geschickt werden müssen, da sich noch Nachwirkungen jener bedauerlichen Katastrophe herausgestellt haben.

l. Die Einnahmen der hiesigen jüdischen Gemeinde sind trotz Erhöhung des Steuersatzes derartig zurückgegangen, daß eine namhafte Reduzirung der Ausgaben hat stattfinden müssen, so hat allein das jüdische Krankenhaus 10 000 ℳ weniger Zuschuß erhalten als bisher, und alle Zuwendungen, die nicht zweifellos mit jüdischen Glaubensgenossen zu Gute kommen, wie der dem Verein für Gefangenen gewährte Zuschuß, sind gänzlich gestrichen worden.

rg. Verschwunden ist seit Sonnabend der 16 Jahre alte Sohn Georg des Sanitätsraths Bär, Calvinstraße 8. Abenteuerlicher Sinn scheint den jungen Mann in die Ferne getrieben zu haben.

Ein Ueberfall ist gestern gegen 2 Uhr Nachmittag auf die Frau des Zigarrenhändlers Wächter, Blücherstr. 39, verübt worden. Während sich die Frau allein im Laden befand, trat ein Arbeiter ein, verlangte eine Zigarre und stellte die Frau zur Rede, wie sie heißt, ob sie eine Schwiegermutter zu entfernen. Frau W. entgegnete, sie kenne diese

lassen. Nach Ansicht desselben war es aber nicht möglich, die Verleumder anzufassen. Er habe dann in einer öffentlichen Versammlung den Herrn Pieksen doch gröblich beleidigt, um auf die Weise denselben vielleicht zu zwingen, die Sache vor Gericht zu bringen. Das sei aber nicht erfolgt. Er habe dann in öffentlicher Stadtverordnetensitzung den Redakteur der „Kreuzzeitung" scharf angegriffen, in der Hoffnung, daß dieser ihm durch eine Klage Gelegenheit geben würde, die Sache vor Gericht klar zu stellen. Darüber seien aber auch schon wieder mehrere Monate vergangen. Die Angriffe seien immer so geschickt gewesen, daß die Beleidiger nie zu fassen waren. Direktor Hermes erklärt, daß er von einer geheimen Verhandlung in Betreff der anzulegenden Marktkalle gar nichts wisse. Ueber solchen Projekt pflege in geheimer Sitzung auch gar nicht berathen zu werden. Das Marktkallen-Kuratorium entwerfe das Projekt und unterbreite es dem Magistrat. Ueber die von den Besitzern anzukaufenden Grundstücke nebst den geforderten Preisen seien schon von dem Kuratorium Verhandlungen gepflogen. Wenn dem Magistrat das Projekt zusage, so erhalte die Stadtverordneten-Versammlung dasselbe in Form einer Vorlage zu öffentlicher Berathung. Der Zeuge versichert, daß Pincusohn gar keine Ahnung davon haben konnte, daß das Marktkallen-Kuratorium auf die von ihm angekauften Grundstücke reflektire. Auf eine Frage des Angeklagten, aus welchen Mitgliedern sich das Marktkallen-Kuratorium zusammensetze, erklärt der Zeuge, daß dies aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung bestehe. Er selbst habe dem Kuratorium niemals angehört. A. fragt den Zeugen, weshalb er nicht auf die vielen und fortgesetzten Angriffe in der „Staatsbürger-Zeitung" mit einer Klage geantwortet habe? Direktor Hermes erwidert, daß dies gegen seine Prinzipien sei. — Ein fernerer Vorwurf der Broschüre gruppirt sich um den Plan des Magistrats, am Urban einen Hafen zu errichten. Die Broschüre behauptet, daß dieser Plan auch den Juden vorzeitig verrathen sei und die Juden die in Frage kommenden Grundstücke angekauft und großartige Profite erzielt haben. — Nachdem aus den Akten konstatirt worden, daß die Anlage eines Hafens am Urban noch ganz in der Schwebe ist und großartige Profite noch gar nicht erzielt sein können, läßt A. diesen Punkt fallen. Ein anderer Punkt betrifft ein Grundstück, welches an das Friedrichs-Gymnasium in der Friedrichstraße grenzt. Im Jahre 1886 kaufte der Kaufmann Schlesinger den Garten dieses Grundstücks von dem damaligen Besitzer Fischer. Da der Garten an das erwähnte Gymnasium stieß und es der Wunsch der Schuldeputation war, den Garten für das Gymnasium zu erwerben, welches mehr Licht und Luft brauchte, so wurde der Platz für den Preis von 135 000 ℳ von Schlesinger angekauft. A. behauptet in seiner Broschüre, daß auch in diesem Falle dem Schlesinger von einem Eingeweihten durch Bruch des Verschwiegenheits-Gelöbnisses Kenntniß davon gegeben sei, daß die Stadt den Garten ankaufen wolle. Schl. habe schnell den Garten von dem derzeitigen Besitzer, Rentier Fischer, gekauft und ihn dann mit einem erheblichen Nutzen an die Stadt weiter verkauft. Diese Behauptung hielt A. vollständig aufrecht. Fischer habe widerholt der Stadt den Garten angeboten, ohne Erfolg zu erzielen. — Der Zeuge Schlesinger bestritt, daß er von der Absicht der Stadt Kenntniß gehabt habe. Auch habe er den Garten weit unter dem Kaufpreise abgegeben, den er vielleicht dafür hätte erhalten können. — Zeuge Dopp bekundet Folgendes: Sein Prokurist Ackermann habe lange in dem Fischer'schen Hause gewohnt. Durch seine Besuche bei Ackermann sei er mehrfach mit Fischer ins Gespräch gekommen. Eines Tages habe er sich über den schönen Garten geäußert, und da habe Fischer darüber geklagt, daß alle seine Anerbietungen beim Magistrat wegen Ankauf des Gartens vergeblich gewesen seien. Als der Magistrat dann den Garten von Schlesinger zu ungleich höherem Preise angekauft habe, wie er von Fischer zu erwerben war, sei dem Letzteren auf seine Beschwerde die Aufklärung geworden, daß er seine Offerten nicht in der richtigen Form angebracht habe, derartige Anerbietungen müßten schriftlich eingereicht werden. A. beruft sich auf den Zeugen über Vorgänge, die bei dem Ankauf eines Schulgrundstücks der Reichenbergerstraße sich ereignet haben sollen. Ein Herr Kroop habe der Stadt ein sehr passendes Grundstück für die Schule angeboten zu einem billigen Preise. Die Stadtverordneten-Versammlung habe aber dieses Grundstück zu dem billigeren Preise verworfen und dagegen ein Grundstück des Stadtv. Ditmar angekauft, wofür ein Plus von 750 000 ℳ gezahlt worden sei. Er habe dies für eine ungeheuere Vergeudung des städtischen Geldes und betone, daß man ihm nachsagte, er habe bei den Verkaufsverhandlungen Umwälzereien gesagt. Thatsächlich habe aber nur der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Strpd die Umwälzerei gesagt, als er herauß über die Dinge referirte. A. behauptet direkt, daß damals der Stadtv. Ditmar Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung Geld angeboten habe, wenn die Sache in seinem Sinne entschieden würde, und beruft sich darüber auf den Zeugen Dopp. Justizrath Dr. Horwitz erklärt, daß er diese ungeheuerliche Beschuldigung doch noch besonders ad notam nehmen werde. Zeuge Dopp beginnt sein Zeugniß mit einer langen Darlegung der Verhältnisse, die nach seiner Meinung bei städtischen Grundstückskäufen obwalten. Er wiederholt, daß allerlei Machenschaften bei solchen Dingen mitspielen, daß aftermäßig sicher Alles immer in der allerbesten Ordnung sei, daß aber immer noch allerlei hinter den Kouliffen spiele. Zu dem Falle des Ankaufs in der Reichenbergerstraße stellt sich der Zeuge ganz auf den Standpunkt des A. und bestätigt, daß nach seiner und seiner Freunde subjektiver Meinung unerhörte Schiebungen in dieser Angelegenheit Platz gegriffen hätten. Was Hrn. Ditmar betrifft, so bekundet Zeuge, daß bei Gelegenheit der Maskenvorstellung Ditmar sich an ihn ganz auffällig herangedrängt, ihn gefragt habe, was er denn fabrizire, angedeutet habe, daß er auch Waagen gebrauche und ihn nächstens besuchen werde. Thatsächlich habe er auch bald darauf den Besuch des Hrn. Ditmar erhalten, und dieser habe Allerlei über den Ankauf von Waagen gesprochen und dabei auch angedeutet, daß dieselbe auch die Frage des Ankaufes eines Schulgrundstücks in der Reichenbergerstraße in der Stadtverordnetenversammlung vorkommen werde und daß er ja auch dort ein Grundstück habe. Der Zeuge hat dies als einen Bestechungsversuch aufgefaßt.

Der Prozeß ist heute Nachmittag auf den künftigen Montag vertagt worden.

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolff's Bureau.)

Lyon, Mittwoch 17. Februar. Die hier ihren Sitz habende Union der Volksvereine fordert alle Arbeiter Frankreichs auf, sich am 6. März zu den Trägern und Vertretern der öffentlichen Gewalten zu begeben und von denselben die sofortige Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel zu verlangen.

London, Donnerstag 18. Februar. Auf einem Landgute bei Heath-Haywards (Grafschaft Suffex) sind 51 Kühe und 42 Schafe von der Maul- und Klauenseuche befallen.

Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.

Wien, Donnerstag 18. Februar. Nach dem heutigen ärztlichen Bulletin über das Befinden der Erzherzogin Marie Valerie ist der Befund der Lunge unverändert, die Entzündung hat sich nicht weiter ausgebreitet, das Allgemeinbefinden ist beruhigend.

Petersburg, Donnerstag 18. Februar. Das unter dem Vorsitz des Großfürsten-Thronfolgers bestehende Hülfskomitee hat nach den neuesten von ihm veröffentlichten Berichte den verschiedenen Nothstandsgouvernements gegen 1½ Millionen Rubel in Baar und über 800 000 Pud an Korn überwiesen.

Lissabon, Donnerstag 18. Februar. Die Deputirtenkammer nahm die finanziellen Vorschläge der Regierung, betreffend die Erhöhung der Steuern und die Herstellung einer Verständigung mit den ausländischen Gläubigern endgültig an. Die Berathung in der Pairskammer soll am Montag stattfinden.

Kairo, Donnerstag 18. Februar. Der Gladstoneanische Abgeordnete Sir George Campbell, welcher sich hier zur Herstellung seiner Gesundheit aufhielt, ist gestorben.

Verkehrs-Nachrichten.

Aachen, 18. Februar. Die zweite Post von London über Ostende vom 17. bis 18. ist ausgeblieben. Grund: Zugverspätung in England und stürmisches Wetter.

Herbesthal, 18. Februar. Die dritte Post von London über Ostende vom 17. Februar ist ausgeblieben. Grund unbekannt.

Marktberichte.

Marktpreise von Berlin am 17. Februar 1892. (Nach Ermittelungen des Königlichen Polizeipräsidiums.)

Richtstroh per 100 Kilogr. 4,90—5,50 ℳ, Heu per 100 Kilogr. 5,00—7,40 ℳ, Erbsen, gelbe zum Kochen 22,00—40,00 ℳ, Speisebohnen, weiße, per 100 Kilogr. 22,00—50,00 ℳ, Linsen per 100 Kilogr. 40,00—70,00 ℳ, Kartoffeln, per 100 Kilogr. 7,50 bis 9,00 ℳ, Rindfleisch von der Keule per 1 Kilogr. 1,20—1,60 ℳ, Rindfleisch, Bauchfleisch, per 1 Kilogr. 1,00—1,30 ℳ, Schweinefleisch per 1 Kilogr. 1,10 bis 1,60 ℳ, Kalbfleisch per 1 Kilogr. 0,90—1,70 ℳ, Hammelfleisch per 1 Kilogr. 0,90—1,50 ℳ, Butter per 1 Kilogr. 2,00—2,80 ℳ, Eier per 60 Stück 2,60—5,00 ℳ, Karpfen per 1 Kilogr. 1,20—2,40 ℳ, Aale per 1 Kilogr. 1,00—2,80 ℳ, Zander per 1 Kilogr. 0,80—2,40 ℳ, Hechte per 1 Kilogr. 0,80—1,80 ℳ, Barsche per 1 Kilogr. 0,70—1,60 ℳ, Schleie per 1 Kilogr. 1,00—2,40 ℳ, Bleie per 1 Kilogr. 0,60—1,40 ℳ, Krebse per 60 Stück 1,50 bis 10,00 ℳ.

Berlin, 18. Februar. (Amtliche Preis-Feststellung von Getreide, Mehl, Oel, Petroleum und Spiritus.)

Weizen mit Ausschluß von Kaufweizen per 1000 Kilogramm. — Loco geschäftslos. — Termine wenig verändert. Gekündigt — Tonnen. Kündigungspreis — ℳ Durchschnittspr. — ℳ Loco 200—218 ℳ bez. nach Qual. Lieferungsqualität 205 ℳ, weiß bunt märkischer — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 205 bis 203,5—205 ℳ bez., per Mai-Juni 206,75 bis 205,5—206,0 ℳ bez., per Juni-Juli 208 bis 207—207,25 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez.

Roggen loco sehr still, Termine schließen fester. Gek. — Ton. Kündigungspr. — ℳ Durchschnittspreis — ℳ per 1000 Kilogr. Loco 202—214 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 211 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer mittel — ℳ ab Bahn bez., guter — ℳ ab Bahn bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 215—213,5 bis 215,25 ℳ bez., per Mai-Juni 211,75 bis 211—212 ℳ bez., per Juni-Juli 208,75 bis 208—208,5 ℳ bez., per Juli-August 193—192,5 bis 193,2—193,25 ℳ bez.

Gerste flau, per 1000 Kilogramm große und kleine 144—195 ℳ nach Qualität, Futtergerste 145—165 ℳ bez., Märkische — ℳ bez.

Hafer sehr still, Termine schwankend. Gek. — Ton. Kündigungspr. — ℳ per 1000 Kilogramm Durchschnittspr. — ℳ bez. Loco 150—178 ℳ nach Qual. Lieferungsqualität 156 ℳ, Pommerscher mittel bis guter 153 bis 163 ℳ ab Bahn und frei Wagen bez., preußischer mittel bis hochfeiner 173 bis 174 ℳ ab Bahn und frei Wagen bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 154,75—152,5—154 bis 155,5 ℳ bez., per Mai-Juni 155—153 bis 154,25—154 ℳ bez., per Juni-Juli 155,25 bis 154—154,5—154,25 ℳ bez.

Erbsen per 1000 Kilogramm Kochwaare 190 bis 240 ℳ nach Qualität bez., Futterwaare 169 bis 177 nach Qualität bez.

Mais per 1000 Kilogramm. Loco flau. Termine still. Gek. — Tonnen. Kündigungspreis — ℳ Durchschnittspreis — ℳ. Loco 134—144 ℳ nach Qualität, per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 118 — ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez.

Weizenmehl Nr. 00 29,25—27,25 ℳ, Nr. 0 27 bis 25,0 ℳ. Feine Marken über Notiz bezahlt. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 30,00—29,00 ℳ, bo. feine Marken Nr. 0 u. 1 31,25—30,00 ℳ Roggenmehl Nr. 0 1½ ℳ höher als Nr. 0 und 1.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo inkl. Sack. Gef. — Ctr. Kündigungspr. — ℳ per 100 Kilogr. Durchschnittspreis — ℳ. Termine weniger fester. Per diesen Monat 29,65—29,7 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 29,15—29,2 ℳ bez., per Mai-Juni 28,35—28,4 ℳ bez., per Juni-Juli 28,5—28,55 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez.

Rüböl pr. 100 Kilogr. mit Faß — ℳ bez., ohne Faß — ℳ bez. Gef. — Ctr. Kündigungspreis — ℳ bez. Durchschnittspreis — ℳ bez. Termine behauptet. Loco mit Faß — ℳ bez., loco ohne Faß — bez., pr. diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 56,0 ℳ bez., per Mai-Juni — ℳ bez., per Juni-Juli — ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez., per August-September — ℳ bez., per September-Oktober 55,7 ℳ bez.

Spiritus mit 50 ℳ Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Pct. = 10 000 Pct. nach Tralles. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — ℳ Loco ohne Faß 65,5 ℳ bez.

Spiritus mit 70 ℳ Verbrauchsabgabe. Ohne Faß 45,7 ℳ bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — ℳ Mit Faß: Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — ℳ Durchschnittspreis — ℳ. Fest und höher. Loco — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 46,1 bis 46,4—46,3 ℳ bez., per Mai-Juni 46,1 bis 46,4 ℳ bez., per Juni-Juli 46,6—46,8 ℳ bez., per Juli-August 46,9—47,2 ℳ bez., per August-September 47—47,3 ℳ bez., per September-Oktober — ℳ bez., per Oktober-November — ℳ bez.

Danzig, 17. Februar. Weizen war heute in ruhiger Tendenz und blieben Umsätze sehr beschränkt. Bezahlt wurde für inländ. 214 ℳ, Sommer- 214 ℳ. Termine: Februar — ℳ Gd., Februar-März 217 ℳ Gd., April-Mai 222 ℳ Br., 221 ℳ Gd. Regulirungspreis 218 ℳ — Roggen fest, ist inländ. 214 ℳ. Termine: April-Mai 217 ℳ Gd. Regulirungspreis 217 ℳ — Gerste ist gehandelt inländ. 160—168 ℳ bez. — Hafer inländ. 149, 154 ℳ bez. — Hederich inländ. 55—100 ℳ geb. — Kleesaaten weiß 35—64 ℳ, schwedisch 55, 63 ℳ bez. — Thymothee 17 ℳ — Spiritus kontingentirter loco 63 ℳ Gd., per Februar 63¼ ℳ Gd., per März-Mai 63 ℳ Gd., nicht kontingentirter loco 44¾ ℳ Gd., per Februar 44¼ ℳ Gd., per März-Mai 44¾ ℳ Gd.

Posen, 18. Februar. Spiritus loco ohne Faß (50er) 62,20, bo. loco ohne Faß 42,90. — Kündigung: — Liter. Tendenz: matt. — Wetter: Schön.

Köln, 18. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23,00, bo fremder loco 23,50, bo. per März 21,90, bo. per Mai 21,90. — Roggen hiesiger loco 23,00, bo. fremder 24,75, bo. per März 22,90, bo. per Mai 22,90. — Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —,—. — Rüböl loco 61,50, per Mai 57,40, per Oktober 56,20. — Wetter: Frost.

Hamburger Schweinemarkt. (Bericht der Notirungs-Kommission.) Hamburg, 15. Februar. Schweinemarkt auf dem Viehhof „Sternschanze" vom 14.—17. Februar d. J. Bezahlt wurde: Beste schwere reine Schweine (Seeländer) 53—54 ℳ, 20 Pfd. Tara, schwere Mittelwaare 52—53 ℳ 20 Pfd. Tara, gute leichte Mittelwaare 50—51 ℳ 22 Pfd. Tara, geringere Mittelwaare 49—50 ℳ 24 Pfd. Tara, Sauen nach Qualität 45—50 ℳ, Tara schwankend. Der Handel war lebhaft.

Vergnügungs-Anzeiger

vom 19. Februar.

Opernhaus.

46. Vorstellung: **Cavalleria rusticana (Bauernehre).** Oper in 1 Aufzug von Pietro Mascagni. Text nach dem gleichnamigen Volksstück von Verga. In Szene gesetzt vom Ober-Regisseur Teßloff. Dirigent: Musikdirektor Wegener. Vorher: **Die Tochter des Regiments,** komische Oper in 2 Akten von G. Donizetti. Text nach dem Französischen des St. Georges. Dirigent: Musikdirektor Wegener. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend, 47. Vorstellung. Neu einstudirt: Die Meistersinger von Nürnberg.

Schauspielhaus.

50. Vorstellung: **Das heilige Lachen,** Märchen-Schwank in 6 Bildern von Ernst v. Wildenbruch. Musik von Ferdinand Hummel. Tanz von Emil Graeb. In Szene gesetzt vom Ober-Regisseur Max Grube. Musikalische Direktion: Herr Steinmann. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend, 51. Vorstellung: Ein treuer Diener seines Herrn.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.

Chausseestr. 25.

Mit neuer Ausstattung. Zum 28. Male: **Das Sonntagskind,** Operette in 3 Akten von Hugo Wittmann und Jul. Bauer. Musik von Carl Millöcker. In Szene gesetzt von Julius Fritsche. Dirigent: Herr Kapellmeister Federmann. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Das Sonntagskind.

Wallner-Theater.

Zum 10. Male: **Ein berühmter Mitbürger,** Burleske in 1 Akt von G. Laufs und M. Jacoby. Musik von Victor Holländer. Zum 10. Male: **Der Bärenführer,** Schwank in 3 Akten von Franz Wallner und Oscar Teuscher. Anfang 8 Uhr. — Sonnabend: Zum 1. Male: Yvette, Karnevalsposse in 3 Akten mit Gesang (nach einer französischen Idee) von Carl Laufs und Maximilian Kraemer. Musik von Victor Holländer. Anfang 7 Uhr. — Sonntag, Nachmittags-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: Ein toller Einfall, Schwank in 4 Akten von Carl Laufs. Parquet 1 ℳ. Anfang 4 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenburg.

Mufotte, Sittenbild in 3 Akten von Gyp de Mupassant. In Szene gesetzt von Sigmund Lautenburg. Vorher: **Modebader Vielot,** Schwank in 1 Akt von Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Emil Lessing. Anfang 7½ Uhr. Die Vorstellung von Mufotte beginnt um 8 Uhr. — Sonnabend und die folgenden Tage dieselbe Vorstellung.

Deutsches Theater.

Freitag: **College Crampton.** — Sonnabend, zum **ersten** Male: **Glück,** Lustspiel in 3 Aufzügen von Karl Zarnicke. — Sonntag: **Glück.** Die **nächste** Aufführung von **Don Carlos** findet am **Montag, den 22. Februar** statt.

Lessing-Theater.

Freitag: **Unter vier Augen. Fräulein Frau. Der sechste Sinn.** — Sonnabend, zum 1. Male: Heute und gestern, Schauspiel in 4 Akten von Oscar Blumenthal. — Sonntag, Nachm. 4½: Sedom's Ende. Abends 8: Heute und gestern.

Berliner Theater.

Freitag, 23. Abonnem. • Vorst.: **Schlimme Saat.** — Sonnabend: Der Hüttenbesitzer. Nuscha Butze, Agnes Sorma, Ludw. Barnay, Ludw. Stahl. Anfang 7 Uhr. — Sonntag, 4½ Uhr: Der Hüttenbesitzer. Abends 8 Uhr: Schlimme Saat.

Belle-Alliance-Theater.

49. Ensemble-Gastspiel der „Münchener", unter Leitung des Königl. Bayer. Hofschauspielers Hrn. Max Hofpauer. Zum 8. Male: **Der Rothhelfer,** ländlicher Schwank mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Amand Kolbe. Im 1. Aufzuge: Schuhplatt-Tanz. Anfang 8 Uhr. — Sonnabend und folgende Tage: Der Rothhelfer.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 57. Male: **Der Tanzteufel,** Gesangsposse in 4 Akten von Gr. Jacobson u. W. Mannstädt. Kruplets theilweise von G. Görß. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7½ Uhr. — Sonnabend dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.

Kilanyi's

Gallerie moderner Kunstwerke!

9 Damen, 3 Herren!

Um Zwölf!

Komische Pantomime.

Concordia-Palast-Theater.

Neues u. sensat. Progr. Forrest Bros: die urkom. Fantasten. Nada Reyval, die electr. Creolin. Velociman: Spiele dch. Geschw. Agonst. Bunte Bilder aus Berlin. Aust. Stück etc. etc. Anf. 7½ Uhr.

Urania.

2246

„Das Antlitz der Erde."

Circus Renz. Karlstraße. 2413

Freitag, Abds. 7½ Uhr: Gr. Komiker-Vorstell. mit neuen höchst komischen Entrées u. Intermezzos von den Clowns C. Godewsky, 3 Gebr. Briatore, Gebr. Dianta, Warne, Gebr. Kronemann, Paul u. William, Herrmann, Miseo ꝛc. Außerdem: Großes Hurdle-Rennen, ger. v. Damen u. Herren mit Vollblut-Springpferden. Königsquadrille, ger. v. 8 Damen und 8 Herren. Climax (Strickspringer), vorgef. v. Frl. Deanna Renz. Zum Schluß: **Auf Helgoland** oder: **Ebbe und Fluth,** gr. hydrol. Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit Rational-Tänzen (60 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **„Die Garde-Husaren** Dampfschiff- und Bootsfahrten, Wasserfällen, Riesenfontainen mit allerlei Lichteffekten und neuen Ueberraschungen ꝛc. Sonnabend Benefiz für die beliebte Schulreiterin Frl. Clot. Hager. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: „Mazepa's Verdauung". Abds. 7½ Uhr: „Auf Helgoland". **E. Renz,** Director.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Ufer, Ecke Karlstraße.

Freitag, Abends 7½ Uhr. Gr. außerordentliche Vorstellung. Auftr. des besten Schulreiters der Gegenwart **Mr. James Fillis** zum ersten Male das Springpferd **Markis** reitend.

Gastauftreten d. zwei stärksten Männer Amerikas in ihren großartigen Kraftproduktionen, herkulischen Spielen ꝛc. **Bros. Marx**

Zum 1. Male in Berlin! Noch nie dagewesen! Ganz neu! **Ringkampf zu Pferde!**

Zum Schluß der Vorstellung: Neu einstudirt: **Eine Nacht in Venedig,** **große komische Original-Wasser-Pantomime.**

Sonnabend: Gr. Gala-Sport-Vorstellung. Mr. J. Fillis. Bros. Marx. Ringkampf zu Pferde. Eine Nacht in Venedig. Sonntag: 2 Vorstellungen, 3½ Uhr (1 Kind frei) und Abends 7½ Uhr. In beiden Vorstellungen: Zirkus unter Wasser. 2411

Concert-Haus.

Karl Meyder-Concert.

V. Virtuosen-Abend.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165, Ecke Behrenstr.

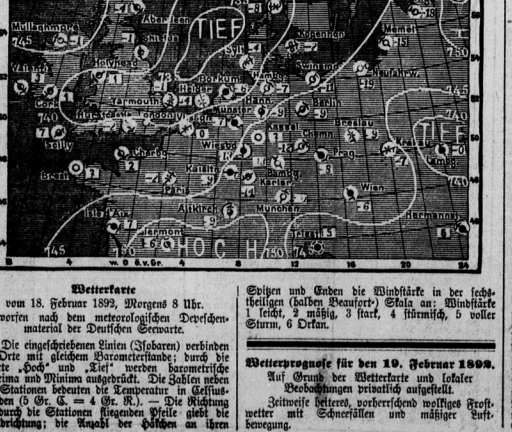
Interessanteste Völkerschau Inner-Afrika's:

Schuli

b. Emin-Pascha-Reich.

30 Pers., Männer, Frauen, Kinder.

Vorstellungen: 11, 12 und 1 Uhr Vorm., 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittag.


Abgekürzte Bezeichnungen:
wolkenlos
heiter
halb bed.
wolkig
bedeckt
Regen
Schnee
Dunst
Nebel
Gewitter
Windstille
leichter Nord
mäßiger Ost
starker Süd
stürmisch West
HOCH
TIEF
HOCH
Stornoway
Shetlandinseln
Skudesnes
Stockholm
Aberdeen
Valentia
Valencia
Malta
Palermo
Corfu
Cagliari
Brest
Paris
Cherbourg
Helder
Swinemünde
Memel
Hamburg
Emden
Helgoland
Cuxhaven
Kopenhagen
Kiel
Berlin
Wisby
Danzig
Königsberg
Warschau
Krakau
Wien
Prag
Breslau
Hannover
Münster
Aachen
Frankfurt a. M.
Karlsruhe
Kassel
Leipzig
Dresden
Chemnitz
Metz
Straßburg
Stuttgart
Kaiserslautern
Altkirch
München
Hermannsp.
Harzburg
Arkona
Triest
Pola
Lissabon
Madrid
Malaga
Biarritz
Cap Finisterre
Cap Spartivento
Cap Bon
Cap Carbonara
Cap Palos
Cap Ortegal
Cap Lizard
Cap Clear
Cap Vlaeberg
Cap Ferrat
Cap Blanco
Cap Verde
Cap Ste. Marie
Cap Corrientes
Cap Negro
Cap Spartel
Cap Ste. Marie

Handel und Industrie.

* Wir haben in unserer heutigen Morgennummer im Handelstheile mit der Ueberschrift „Dette Publique Ottomane" einen Artikel gebracht, dessen Zuverlässigkeit wir um so weniger anzweifeln können, als der Berichterstatter sich auf eine erste hiesige Bank bezogen hat. Wenn gegenüber sind wir aber nun in der Lage, nachstehende Richtigstellung zu geben:

„Eine große Anzahl hiesiger Blätter veröffentlicht heute eine gleichlautende Notiz über die Bedingungen, unter denen die Neuordnung der Stelle des deutschen Delegirten in der Administration der ... Dette Publique Ottomane voraussichtlich stattfinden soll. Diese Notiz enthält, neben thatsächlich Richtigem, folgenden Satz:

Wenn dieses Abkommen auch nicht die weitgehenden Wünsche befriedigt, so ist dasselbe doch gegenüber dem seitherigen Zustande als ein großer Fortschritt zum Besseren zu bezeichnen, jedenfalls ist durch das Eingreifen der neutralen Stelle die Gesammtheit der Gläubiger von Sonderinteressen für die Folge ausgeschlossen.

Wenn in diesen Worten die Insinuation liegen soll, als seien von der Stelle, von welcher die Ernennung des deutschen Delegirten in Konstantinopel ausgeht, durch Vermittelung der bisherigen Delegirten Sonderinteressen wahrgenommen worden, so muß dies als ein schwerer und unberechtigter Vorwurf sowohl gegen die ernennende Stelle als gegen die bisherigen Delegirten energisch zurückgewiesen werden."

* Die Schweizerische Zentralbahn wird demnächst 8 Millionen Francs 4proz. Obligationen und später weitere 7 Millionen Francs zur Subscription auflegen.

* Reichsbank. Der an anderer Stelle befindliche Ausweis für die zweite Woche des laufenden Monats bringt den unter unserem günstigen Status unseres leitenden Instituts zum Ausdruck. Der Metallvorrath steigert sich stetig und überragt den in der parallelen Woche des Vorjahres um beinahe 121 Millionen Mark, die umlaufenden Noten sind allein durch ihn mit ca. 46 Millionen Mark überdeckt. Der Metalleingang in der Berichtswoche ist diesmal geringer gewesen, als in der gleichen Vorjahrswoche, er beträgt nur 1 756 000 ℳ gegen 10 041 000 ℳ. Der Bestand an Wechseln ist um 270 000 ℳ gewachsen gegen eine Verminderung von 9 277 000 ℳ im vergangenen Jahre; auf Lombardkonto ergiebt sich eine Abnahme von 4 046 000 ℳ gegen nur 2 916 000 ℳ; ebenso ist die Abnahme der zirkulirenden Noten diesmal stärker, nämlich mit 33 660 000 ℳ gegen 21 548 000 ℳ. Auf Girokonto wurden 29 215 000 ℳ gegen nur 11 821 000 ℳ eingezahlt.

* Maklerbank in Berlin. Die gestern abgehaltene Generalversammlung genehmigte den Geschäftsbericht, die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlustkonto pro 1891, ertheilte der Verwaltung die Decharge und setzte die Dividende, wie vorgeschlagen, auf 10 pCt. fest.

* Schlesischer Bankverein. Dem Geschäftsbericht zufolge ist, während in den Jahren seit 1887 die erzielten Resultate in dauernder Aufwärtsbewegung, gegen die vorhergehende Periode waren, das Jahr 1891 nicht so ertragreich wie seine Vorgänger gewesen. Von dem sich einschließlich des vorjährigen Gewinnvortrages per 63 755 ℳ auf 1 542 290 ℳ belaufenden Reingewinn sollen dem Reservefonds 133 926 ℳ überweisen, an Tantièmen 132 105 ℳ, an Dividende 5½ pCt. mit 1 237 500 Mark verteilt und 38 749 ℳ auf neue Rechnung vorgetragen werden.

* Die Frankfurter Bank schlägt für das abgelaufene Geschäftsjahr bei reichlichen Abschreibungen 6,42 pCt. gegen 7 pCt. im Vorjahr vor.

* Bayerische Handelsbank in München. Der pro 1891 erzielte Reingewinn beträgt 1 672 041 Mark (+ 18 590 ℳ), und wird, wie bereits gemeldet, die Dividende wie im Vorjahre mit 7 pCt. in Vorschlag gebracht, die Dotirung der Reserve und der Gewinnvortrag betragen ca. 490 000 ℳ (+ ca. 177 000 ℳ)

* Sächsische Diskontbank zu Dresden. Der Aufsichtsrath hat beschlossen, der Generalversammlung die Vertheilung von 6½ pCt. Dividende (wie im Vorjahr) und die Rückstellung von weiteren ca. 2 pCt. des Aktienkapitals (gegen 1½ pCt. im Vorjahr) vorzuschlagen.

* Die New-Yorker Mittwochsbörse eröffnete schwach mit niedrigeren Kursen, im Verlaufe des Verkehrs trat Befestigung ein, der Schluß war lustlos, aber fest. Der Umsatz der Aktien betrug 412 000 Stücke. Der Silbervorrath wird auf 3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 142 000 Unzen. Die Silberankäufe für den Staatsschatz betrugen 559 000 Unzen zu 91,50 à 91,75.

* Berliner Backbraunerei Aktiengesellschaft. Auf Grund des Art. 237 A.-G.-B. ist unter Hinterlegung von 210 000 ℳ Aktien die Berufung einer Generalversammlung beantragt worden. Es handelt sich dabei um Erledigung der Angelegenheiten, welche in der am 1. Dezember vertagten Generalversammlung auf der Tagesordnung standen.

* Schlesische Dampferkompagnie. Die Verwaltung hat beschlossen, aus den Betriebseinnahmen 86 284 ℳ zu Reparaturen zu verwenden gegen 42 445 ℳ im Vorjahre, ferner werden 105 325 Mark (hiervon 89 325 ℳ auf den Schiffspark) abgeschrieben und der Generalversammlung vorgeschlagen, eine Dividende von 2 pCt. gegen 9 pCt. im Vorjahre zu vertheilen.

Berliner Börse vom 18. Februar.

Schwach und lustlos lauteten die Tendenzmeldungen der heutigen Wiener Börse und auch von unserem Markte ist nicht viel Besseres zu berichten; die Umsätze auf allen Gebieten waren, wie gestern, belanglos und die Kurse der meisten Spekulationspapiere wenig verändert. Bankaktien eröffneten größtentheils mit geringen Kurserhöhungen, die sich aber nur für Diskonto-Kommandit, sowie österreichische Kreditanstalt später behaupten konnten, während lokale Bahnen sich bald wieder abschwächten. Inländische Eisenbahnen waren ganz vernachlässigt und etwas niedriger notirt, Lübeck-Büchen und Marienburger behaupteten lagen österreichische Exportbahnen fest und Franzosen auf Wiener Hausse bezw. -Ein 1,50 pCt., während böhmische, schweizerische und italienische Transitwerthe — Gotthardbahn ausgenommen — sich niedriger angeboten zeigten und für russische Bahnen anfänglich etwas Nachfrage bestand. Auf dem Montangebiete hielten Laurahütte und Hüttenaktien nominell unverändert, Kohlenaktien waren bei mäßigen Deckungsbegehr um eine Kleinigkeit höher notirt. Russische Fonds und Renten gingen zu etwas besseren Kursen in mäßigen Beträgen um, Ungarische Gold- sowie Italiener Rente hielten sich still und unverändert, Rubelnoten + 0,50 ℳ. Im weiteren Verlauf der Börse schwächte sich die Gesammttendenz bei hochgradiger Geschäftslosigkeit auf den meisten Gebieten und namentlich aber für leitende Bankwerthe ab, und nur Bergwerk-, sowie inländische Eisenbahnwerthe waren behauptet; die Aktien beider östlichen Bahnen gewannen auf das sich erhaltende Gerücht von der bald bevorstehenden sollenden Aufhebung der Hafer-Ausfuhrverbotes für die russischen Ostseeprovinzen 1 bis 1,50 Prozent. Von heimischen Fonds verloren 2proz. Reichsanleihe 0,25, 3proz. Preußische Konsols 0,10 pCt. Die übrigen, sowie in- und ausländische Eisenbahnprioritäten hielten sich still und fast unverändert, Serbenwerthe gelangen vorgestern 24- 31 pCt. durchschnittlich, russische Prioritäten waren meist niedriger notirt. Der Kassamarkt verlief still und ohne besondere Preisveränderungen. Privatdiskont 1½ pCt.

Schlußkurse um 3 Uhr.

Kredit	169¾	Deutsche Bk.	160	Gotthardb.	140¾
Franzosen	125¾	Disk.-Kom.	184¾	Italiener	89¾
Lombarden	42¼	Lübeck-Büch.	150¼	1880er Russen	92¼
Bochr. Gußst.	111¼	Mainzer	116¼	4%ung. Gold	92¼
Dortmunder	57	Marienburg	58¼	Egypter	—
Harp. Bergw.	139¾	Ostpreußen	74¼	Russ. Noten	201
Hibernia	128¼	Dux	238	III. Orient	63¾
Laura	105	Elbethal	101¾	Disconto Kom.	218
Bl. Handb.-Ges.	135¼	Galizier	91.20	Tendenz:	still.
Darmstädter	128	Mittelmeer	93¾		

Zeichenerklärung: * bedeutet Zinsen pro Stückzahl. ¶ Ausgeschnitten. † Zinsberechnung in Berlin. Sonderzinsung.

Wechsel.

Amsterdam.	3	8 Tg.	168,50 bz
do.	4½	2 Mt.	167,90 b
Brüssel, Antw.	3	8 Tg.	80,85 b
do.	3	2 Mt.	80,55 B
Kopenhagen	4½	8 Tg.	112,05 G
London	3	8 Tg.	20,40 bz
do.	3	3 Mt.	20,295 b
Madrid, Cadiz	4	14 Tg.	—
do.	4	2 Mt.	—
New-York	5	3 Tg.	417,50 B
Paris	3	8 Tg.	80,95 b
do.	3	2 Mt.	80,70 bz
Budapest	4½	8 Tg.	77,50 b
do.	4	2 Mt.	—
Wien	4	8 Tg.	172,45 b
do.	4	2 Mt.	171,60 b
Schweiz, Pl.	3	10 Tg.	80,60 bz
Italien, Plätze	5½	10 Tg.	78,30 b
do.	5½	2 Mt.	77,90 b
Petersburg	5½	3 Wo.	200,40 b
do.	4½	3 Mt.	199,25 b
Warschau	5	8 Tg.	200,75 b

Berliner Sortenzettel. 4 Gemb. 4½ verz. 4).

Geldsorten und Banknoten.

Dukaten pr. Stück		—
Sovereigns		—
20-Francs-Stücke		16,19 G
Gold-Dollars		4,18 G
Imperials		—
do. pr. 500 Gr.		—
do. neue		—
do. 500 Gr. neue		—
Amerik. Noten 1000 u. 500		4,17 G
do. kleine		4,17 bz
do. Gouv. gabl. 31.¹/₃		4,17 G
Belgische Noten		80,80 G
Engl. Banknoten 1 £		20,40 b
Franz. 100-Fr.-Noten		81,10 b
Holländ. Noten		168,65 G
Italienische do.		78,80 b
Nordische do.		—
Oesterr. Noten 100 fl.		172,50 bz
Russ. Noten 100 Rbl.		201,00 b
do. ult. d. Mte.		201,00 b
do. ult. n. Mte.		200,75 b
do. Zollcoupons		324,75 G
do. kleine		324,50 G
Schweizer Noten		80,75 b

Fonds- und Staatspapiere.

Reichs-Anl.	4	106,90 B
do.	3½	96,75 b
do.	3	84,00 G
do. Ind. p. 94.2.3	3	83,70 b
Preuß. Cons. Anl.	4	106,60 b
do.	3½	96,90 B
do.	3	84,00 G
do. Ant. v. 94. 2.3	3	83,70 b
do. St.-Anl. 1868	4	101,19 b
do. St.-Schuldsch.	3½	100,00 bB
Zinsm. Schuldverschr.	3½	—
Oberschles. Lbl.	3½	—
Barmer Stadt-Anl.	3½	—
do.	3	102,25 B
Berl. Stadt-Schuld.	3½	96,80 b
do. do. 1880	3½	96,80 b
Breslauer Anleihe	4	102,50 b
Cassiker St.-Anl.	3½	94,25 G
Charlottenb. Anl.	4	102,20 B
do. do. 89	4	102,20 B
do. do. 89	3½	95,50 bG
Crefeld. Stadtanl.	3½	—
Danziger do.	4	—
Dessauer do.	91	—
Düsseldorf. do.	3½	—
do.	90	—
Elberf. St.-Obl.	4	94,70 G
do.	88	94,70 G
Essener St.-Obl.	4	—
do.	3½	—
Halische Stadtanl.	3½	96,00 G
Karlsruher do.	4	86,50 G
Kieler Stadt-Anl.	3½	—
Magdeb. do.	3½	94,90 b
Mainzer do.	3	—
do.	4	—
Offpr. Prov.-Obl.	3½	98,70 G
Pos. Prov.-Anl.	3½	98,70 G
Rogensb. St.-Anl.	3	82,60 G
Rhein. Pr.-Obl.	4	—
do.	3½	97,40 G
do.	3	87,00 G
Rostocker Stadtanl.	3½	93,30 bB
Schles. v. B. Kaufm.	4½	102,50 G
Spandr. St.-Anl. 1887	4	102,10 G
Westpr. Prov.-Anl.	3½	98,30 G
Berliner	4	115,10 b
do.	3½	104,50 b
do.	3	87,20 b
Dortmunder St.-Anl.	4	96,25 b
do.	3½	83,50 b
do.	3	76,25 b
Ostpreußische	3½	95,10 b
Pommersche	3½	95,50 b
do.	4	102,80 bG
Pom. Ind.-Pfdr.	4½	—
do.	4	98,70 G
Posensche do.	4	101,80 G
do.	3½	95,80 G
Sächsische	4	106,10 b
Schles. allstädtische	3½	97,00 B
do. do.	3	—
do. Lit. A. C.	3½	97,00 B
do. do. B.	3½	97,00 B
Westfälische	4	97,00 B
do.	3½	96,00 G
Westpr. Ritt.	3½	96,00 G
do. Gemeinl. II.	3½	95,25 b
Hannoversche	4	—
Hessen-Nassau	4	—
Kurmärkische	4	102,90 b
Lauenburger	4	—
Pommersche	4	102,90 b
do.	3½	96,30 b
Posensche	4	102,90 B
Preußische	4	102,90 b
Rhein. u. Westf.	4	102,90 G
Sächsische	4	103,10 G
Schlesische	4	102,90 b
Schleswig-Holst.	4	102,90 b
Bad. St.-Eisb.-Anl.	4	—
Bayrische Anleihe	4	106,60 G
Bremer Anl. 85	3½	96,20 B
do. 89	3½	96,20 B
Braunschw. Cons. Obl.	4	—
Hamb. St.-Rente	3½	—
do. St.-Anl. 86/8	3½	98,50 G
do. konsol. 87/8	3	—
do. do.	91,3	96,10 G
Medl. Eis.-Anleihe	4	—
do. konf. Anl. 86/87	3½	95,90 B
do.	90,3	95,90 B
Reuß. j. L. Stadt-Anl.	3½	100,80 G
Sachs.-Meim. S.-A.	3½	96,60 G
Sächs. Staats-Anl.	3½	—
do. Rente	3	85,25 b
do. Bau-Pr.-A.	3½	94,30 bB
do. do. B.	3½	102,00 G
Waldeck. Prom. St.-A.	4	—
Württ. Staats-Anl.	4	—
Ausländische Fonds.		
Oesterr. Gold-Rente	4	101,50 b
do. Papier-Rente	4	100,70 b
do. Silber-Rente	4	100,80 b
do. 250 fl. L. v. 54	4	123,50 b
do. Gr.-R. 1003 fl.	4	333,90 b
do. Kron-Rente	4	101,00 b
do. do.	4	321,40 b
do. Ung. Gr.-Pfdr.	4	—
Poln. Pfdr. III.	4	63,50 b
do. Liquid.-Pfdr.	4	60,50 G
Portugiesische	3	40,30 bG
do. Tab.-Obl.	3	40,30 bG
Russ. Bodenkr.-Pfdr.	4	104,00 G
Rom. Staatsanl. I.	5	87,00 G
do. do. II.	4	80,00 G
Rum. Staatsanl.	5	100,70 b
do. do. amort.	5	96,40 b
do. St.-Obl. 1890	4	83,00 b
do. do. 1891	4	83,00 b
Russ.-Engl. A. 1822	5	—
do. do. 1850	5	80,10 b
do. do. 1870	4	92,10 G
do. Ind. Anl. 1887	5	—
do. Goldrente 1888	4	103,50 G
do. do.	4	100,40 bG
do. Gold-Anl. 1889	4	—
do. do. I.	4	94,20 G
do. do. 1890 II.	4	—
do. do. 1890 III.	4	93,40 bG
do. do. IV.	4	93,25 G
do. konf. Eis.-Anl.	4	93,10 G
do. do.	3	—
do. do.	2	93,50 bG
do. Orient-Anl.	5	—
do. do.	4	—
do. do.	3	64,00 bB
do. Nicol.-Obl.	4	92,50 bG
Poln. Pfd. Schatz-O.	4	90,50 bG
do. Pr.-Anl. v. 64.	4	140,00 G
do. do.	4	140,00 G
do. Stiegl.-L. v.	4	68,75 bG
do. Anl. v. 1888	4	94,60 G
do. do.	4	94,60 G
Pr.-Kurl. Pfdr.	3½	85,10 b
Schwed. Ind. v. 89	4½	93,90 bG
do. do. 1890	4½	93,90 bG
do. do.	3	84,75 G
do. 10-Kr.-Loose	3	80,90 bG
Bo. Hyp.-Pfd.	4½	102,70 b
do. do.	4	100,60 G
do. Stadt-Pfd.	4½	101,90 bG
Schweiz. Eidg. v. 88	3½	—
do. neuerste	3½	—
Serb. Gold-Pfdr.	5	84,00 bG
do. Rente	5	77,50 bG
do. neue 85	5	—
Span. Schatz	4	—
Türk. Pfd. 1884-85	4½	102,00 G
do.	4	98,70 bG
do.	4	—
do. Stadtanl. 86/87	4	99,10 bG
do. do. 88er	4	99,10 bG
do. do. 89er	4	—
Türk. Anl. v. 65	5	—
do. B.	1	25,25 G
do. C.	1	18,20 bG
do. D.	1	18,20 bG
do. Adm.-Anl.	3	90,00 bG
do. konf. Anl.	90	68,00 b
do. do. prim.	4	—
do. Zoll-Obl.	5	—
Ung. Gold-Rente	4	75,25 b
do. (Gavul. Tribut)	4½	94,00 G
Ung. Gold-R. 1000	4	99,60 G
do. do. 500	4	93,00 G
do. do. 100	4	93,00 G
do. Eis.-Anl. 80	4½	—
do. Gold-Anl. 84	4½	102,50 B
do. do.	4	101,20 bG
do. Papier-Rente	5	88,50 B
do. do.	4	204,00 bG
Temes-Bega-Anl.	5	—
Ung. Bod.-Cr.-Pfdr.	4½	—
do. Gold-Pfdr.	4	—
do. Grundent. Obl.	4	80,90 b
Venet.-Mailänder-Loose	—	20,90 b
Wien. Comm.-Anl.	5	105,75 B
Türk. Tab.-Anl. 3/4	3½	84,50 G
Türk. Tab.-Ntg. (D.)		—
Ung. Pfdr.	3½	91,00 bG
do.	4	99,00 bG
Deutsche Hypoth.-Pfandbr.		
Anh.-Dess. Pfdbr.	4	101,50 b
Bayerische Hyp. Pfd.	4	100,70 b
do.	3½	92,90 bG
D. Pfdbr. Ver. Pfdr.	4½	112,25 bG
do. 2	3½	103,80 bG
do. 3, 5a, 5b	3½	96,75 G
do. 4	3½	96,75 G
do. 6	4	100,80 G
Disch. Grdbk.-Obl.	4	101,00 bG
do.	4	94,00 bG
Disch. Hyp.-Bk. 5, 6, 8	4½	110,75 G
do.	4	101,80 bG
do.	4	101,80 bG
do.	3½	93,30 G
Disch. Grdbk.-Obl.	4	101,00 bG
do.	4	94,00 bG
do.	3½	92,50 bG
Meckl. Hyp.-Pfdr.	4	100,50 bG
do.	4	100,50 b
do.	3½	92,50 bG
Meckl. Hyp.-Pfdr.	4	115,50 bG
do.	4	100,80 bG
do.	4	101,70 G
do.	4	138,90 b
do.	4	100,90 bG
Nürnb. Hyp.-Pfdr.	4	101,00 G
Pfälz. Hyp.-Pfdbr.	4½	94,70 G
Pomm. Hyp.-Pfdbr.	4	—
do. II. IV. v. 1.	100	101,80 bG
do. V. VI.	100	101,80 bG
do. conv. rz. 100	3½	99,50 G
do. 2. 3. 4. 5.	100	113,00 G
do. 6. 7. 8. 9. 10.	100	106,75 G
do. 11.	100	115,10 G
do. 12.	100	111,10 G
do. 13.	100	100,00 G
do. 14.	100	101,00 G
do. 15.	100	101,75 G
do. 16.	100	98,10 G
Pr. St. Pf. ggl. Pfd.	4	101,70 b
do. v. 3. 1880—85	4	101,70 b
do. 1880 unt. v. 1900	4	101,70 b
do.	4	98,90 bG
do. Commun.-Obl.	4½	98,75 G
do. Serr. rz. 110	4	—
do.	4	—
Pfdr. Cr. rz. 100	4	101,20 bG
do. rz. 100	3½	94,00 bG
P. Pfd.-B.-A.-Gr. (3)	4	—
do.	4	100,90 b
do.	3½	95,10 b
Rhein. Hyp.-Pfdbr.	4	—
do. 1890	4	100,40 G
do. Ser. 62—64	4	101,50 G
do.	3½	98,00 G
do. Com.-Obl.	3½	98,00 G
Schles. Bdr.-Pfdbr.	4	—
do. rz. 110	4½	110,00 G
do.	4	101,00 B
do.	3½	94,10 G
do. II.	3½	94,10 G
Stett. Nat.-H. Gr. 6	4	—
do. rz. 110	4½	104,00 B
do. rz. 110	4	100,50 G
do. rz. 100	4	100,00 B
Südd. Bdkr.-Pfdbr.	4	101,70 bG
do.	3½	96,60 bG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Altdamm-Colb.	4½	109,25 G
Bresl.-Warsch.	4	47,10 b
Dux.-Bod.-Gerich.	4½	— 112,50 bG
Elbethal-Prior.	4	— 106,25 b
Mecklbg. Südb.	4	94,90 bG
Ostpr. Südbahn	5	— 108,90 b
Prignitzer	4½	104,90 b
Rechte Oderufer	4½	101,70 b
Wilhelm-Gerade	3½	— 85,50 G

(Nicht-Amtlich.)

Brünn. Lokals	5½	— 75,75 b
Gaisbergbahn	2	— 33,00 bG
Paul N.-Rupp.	5	105,90 b

Priorit.-Aktien u. Obligat.

Berg.-Mk. A. B. C.	3½	97,75 bB
Berl.-Pot.-Magdb.	4	—
Braunschweigische	4½	—
Bresl.-Schweidn.-Fr.	4	99,50 G
Breslau-Warschau	5	—
D.-N.-Eisenb. (N.-Ed.)	4	99,50 G
Elbethal-Blankenau	4	—
Lübeck-Büchen a. A.	4	—
Magdeb.-Wittenb.	3	—
Mainz-Ludwigshafen	4	—
Marienb.-Mlawka	5	—
Ostpreußische	3½	—
Rechte Oderufer	4½	101,50 b
Rudolf-Bahn	4	102,50 bG
Russ. Staatsbahn	5	238,10 b
St.-Pr.-Pr. A. B.	12½	—
Wal.-Ed. Lit. A.	4	91,10 G
Graz-Köflach	4	116,70 G
Raab-Oder A.	4	77,40 b
Transkaukasier	6½	—
Ekaterinoslaw	6½	106,00 G
Orl.-St. Stieb.	4	125,50 b
Ostpr. Südbahn	4½	77,50 G
Rechte Oderufer	4½	101,50 b
Ro. B. Gleiß	5½	101,50 b
Moab-Cottbus	4	27,80 b
Reichsgarantie	5	105,50 G
Südöst. (Lemb)	4	42,30 b
Oberschles. Lit. B.	3½	—
do. Lit. E.	3½	97,40 b
do. (Verschl. Jugb.)	4	—
do. (Starg.-Posen)	4	—
Ostpreuß. Südbahn	4½	—
do. do. IV.	4½	—
Rheinische	4	—
Saalbahn	4	—
Weimar-Gera	4	100,50 b
Merrabahn 84—86	4	100 75 bG
Wismar-Carow	4	—

(Nicht-Amtlich.)

Amsterdam-Rotterdam	5	— 127,50 bG
Canad. Pacific	5	88,75 b
Gotthardbahn	6½	140,90 bB
Ch. Meridional	7½	180,00 bG
Jura-Simplon	4	93,90 b
Jura Simplon	4	—
Ia. m. 93.90	4	—
Ib. m. 93.90	4	—
Kaschau-Oderberg	—	19,80 bG
Kursk-Charkow	4½	55,00 bG
Lombarden	3	42,10 b
Lombarden	6	112,80 b

Bank-Aktien.

Aach. Disc.-G.	5½	6 100,40 b
Allg. D. Kredit	6	4½ 51,60 G
Amst. Handel	6	—
Anglo-Dt. Bk.	6	—
Anglo-Deut. Bank	6	—
Bank f. Brauindustrie	4	—
Bl. f. H. u. Gew.	6	—
Bl.-Ges. Brand	3	58,60 G
Baum. Bl.-G.	6	108,00 bG
Bayerische Bk.	4	—
Bayer. Hypoth.	7	—
Berg.-Märk. Bk.	7	118,25 G
Berliner Bank	6	6½ 104,25 bG
Bo. Kass.-V.	7½	6½ 131,50 G
Bo. Handels-Ges.	6	4½ 135,00 G
do. Makler	10	128,10 bG
do. Prd.-A. Obl.	4	111,10 G
Berl. Disc.-G.	18½	11 156,25 G
Braunschw. Bank	6	5 105,50 G
do. Credit.	6	— 109,50 b
do. Bun.-Pfd.	5½	5½ 103,80 G
Brem. Bk.	4	4½ 108 60 G
Brest. Disc.-Bk.	6	4½ 93,25 G
do. Wechl. L. B.	6	— 94,50 bG
Breslauer do.	6	— —
Chemn. Bnkv.	6½	— 98,50 bG
Coburg. Cred.	5	— 98,50 bG
Coln. Bnkv.	4½	— —
Dang. Priv. Bk.	4	— —
Darmstdt. Bk.	6	— 128,00 b
do. Pdbr. Kap.	3	— 128,00 b
Deut. Bank	4	4½ 147,75 bG
Deut. Genossen. Bank	6	— 183,75 bG
Deutsche Bank	10	9 160,00 G
Deut. Eis.-Bank	6	— 120,00 bG
do. Genossf.	6	— 120,00 bG
do. Grundcr.	6½	6½ 116,25 bG
Dresdn. Bank	6	— 160,60 bG
do. Nationalb.	5½	5½ 97,25 b
Disconto Ges.	10	— 185,00 b
Dortm. Bank	6	— 101,00 bG
Dresdn. Bank	7	7 136,40 b
do. Bauverr.	8	— 105,50 G
do. G. B. f. L. u. H.	7	— —
Ernst Gera Bank	7	— 121,10 G
Gerar Bank	0	— 57,50 bG
do. Credit	6	— —
Frankf. Bankv.	6½	— 113,50 G
do. Grundcr.	0	— 85,25 G
do. Ver. Bnkv.	4	— 92 60 G
Genf. Bankv.	6	— —
Gothaer do.	8	— 125,50 G
Hannoversche do.	6	— 100,25 B
Intern. Bank	6	— 108,25 b
Kaiser do.	6	— 98,00 G
Königsb. Ver.	4	— 97,00 G
Leipziger Bank	6½	6½ 120,75 bG
Leipzig. Credit	7	— 160,50 bG
Luxb. Com.	7	— 115,30 G
Mainzer Bank	8	— 130,50 B
Magd. Bk. f. H.	6	— 100,00 bG
do. Privatbk.	6½	— 135,00 bG
Mecklenbrg.	11½	10 191,10 G
Meiningen. Bk.	7	— —
Mitteldt. Bk.	6	— 125,80 b
Moscow. Bank	5	— 100,20 bG
Mülheim. Bank	5	— 100,90 b
Nat. Bk. f. D.	6	— 113,60 b
Niederschles. Bk.	5	— 98,00 G
Nordd. Bank	8½	6½ 138,00 bG
do. Grundcr.	0	— 81,25 bG
Oberlausitzer	7	6 — —
Oesterr. Creditb.	10½	— —
Pos. Landesbk.	6	— —
Ostdt. Sparb.	11	— —
Oesterreichische	6	— —
Pfälzer Bank	6	— —
Pfälz. Bodenkredit	6	— —
Pfälz. Hypoth.	6	— —
Preuß. Bh. Gr.	7	— 120,25 bG
Pr. Hr. B. (Cas.)	10	— 150,50 G
Pr. Cent.-B. (Cas.)	6½	6½ 109,00 G
do. H.-B. (Cas.)	8	— 103,00 G
do. do. volle	8	— 102,80 G
do. Bod.-B. 90%	15	— 272,25 G
Reichsbank	4,81	— —
Rostocker Bank	8½	— 147,00 bG
Sächs. Bk. (L.)	7	— 62,30 G
Sächsische Bk.	6	6 115,00 bB
Schaffh. B.-B.	6	— 106,60 G
Schles. Bk.-B.	7	— 109,50 G
Schles. Bo.-Cr.	6½	— 150,50 G
Ung. Cr.-B. f. L.	12	— —
S.-B. (Ob.) 50	11	— —
Warsch. Cons.	12	— —
do. Discontb.	8,9	— —
Weimar. Bank	11	— 110,50 bG
Westfälis. Bank	6½	— 105,75 G
Wiener B.-V.	8	— —
Wo. Unionbk.	8½	— —
Wo. Vereinsbk.	7½	— 122,25 G

(Nicht-Amtlich.)

Basler Bkv.	6	— 76,00 b
Crt. B. 1869	6½	6½ — —
Crt. B. 62—64	6	5½ — —
Crt. B.	6	— 118,00 G
Crt. Gotthbr. frr.	4	— 81,90 b
Kieler Bk. 40%	9½	— 83,00 b
Lübecker Bk.	4½	4 — —
Meiningen. Bk.	6	— 92,75 G
Pfälzer do.	6	— —
Wiltb. Luxemb. IX.	3	6½ 95,00 bB

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

	1890	1891	
Aach.-Mastr.	3	4½	99,25 bG
Aachen-Gelbern	4½	4½	99,25 bG
Altenbg.-Zeitz	9½	—	99,80 b
Gefeider	4½	4½	99,80 b
do. Hertzing	0	—	—
Dortm. Gronau	4	—	102,75 bG
Eutin-Tdbert.	1½	—	46,00 b
Frankf. Gerbm.	4½	4½	78,10 b
Frankf.-Hanau	7½	—	100,50 b
Gwsch. Berb.	10	—	94,00 B
Lübeck-Büchn.	7½	—	150,75 b
Mainz-Ludwigsh.	4	—	143,60 b
Mainz-Bingen	4½	—	116,70 b
Marbg.-Mlwk.	1	—	58,75 bG
Mecklbg. Friedr.	4	—	101,50 b
Ostpr. Südb.	½	—	31,25 bG
Saalbahn	0	—	81,25 bG
Saargard-Pol.	4	—	102,20 G
Weimar Gera	4	—	98,50 G
Werrabahn	3	—	77,70 bG